

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 46 Pfg., vierteljährlich 1,35 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Po. bezogen: vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Insertionsgebühr die sechs gepaltene Zeile für vier Wochen 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Expedition: Paradiesgasse Nr. 32. Redaktion: Dominikswall Nr. 8. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Telephon
Redaktion 2552

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Telephon
Expedition 2537

Nr. 9.

Danzig, den 27. Januar 1912.

3. Jahrgang.

Es dämmert!

Herunter die Fesseln
Vom morschen Thron,
Herunter die Götzen
Von Babylon —
Ob Krone, ob Fetisch:
Es gilt uns gleich!
Es tagt majestätisch
Ein neues Reich!

Auf tönernem Rande,
Du goldenes Vieh:
Großmloch der Schande,
Herab aufs Knie!
Moloch wie Mammon:
Im Blut, im Rot!
Ihr Kinder Ammon,
Es dämmert rot!!

Es dämmert, es dämmert,
Bald wird es licht;
Es hämmert, es hämmert:
Das Weltgericht!
Horch! Horch! Das Geläute!
Dröhnender Schlag!
Und morgen und heute
Ist jüngster Tag!

Stern.

110^{er} Sozialdemokraten.

110 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete! 4^{1/2} Millionen sozialdemokratische Reichstagswähler!

Das ist das große Ergebnis des großen Wahlkampfes. Unserer Stimmenzahl entsprechend, müßte die Zahl unserer Abgeordneten weit höher sein, hätten wir nicht die erbärmliche Wahlkreiseinteilung der herrschenden Klassen.

Den großen Städten und Industriebezirken, in denen die Kraft der Sozialdemokratie wurzelt, sind weit weniger Mandate zugeteilt als den Landbezirken, in denen sich das klerikale Zentrum und die konservativen Junker ihre Mandate holen. Die Stimmenzahl, wie sie Jubel oder Ledebour erlangen, genügt dem Zentrum, ein Dutzend Sitze zu erobern. Obwohl die Sozialdemokratie um zwei Millionen Stimmen mehr hat als das Zentrum, zählt sie im Reichstag nur 17 Abgeordnete mehr als die schwarze Partei. Obwohl ein Drittel der deutschen Wählerschaft sozialdemokratisch wählt, haben wir nur um wenig mehr als ein Viertel der Reichstagsitze. Und trotz dieser für uns so ungünstigen Wahlkreiseinteilung, trotz diesem Pluralwahlrecht für die Gutsbezirke der Junker und für die Bauernröcker der Pfaffen 110 Sozialdemokraten!

Kein Wunder, daß der gewaltige Siege die bürgerliche Welt erschreckt! Verlegen und bestürzt suchen die bürgerlichen Parteien und ihre Zeitungen nach tröstenden Ausreden, die Tatsachen zu bemänteln. Vor allem muß natürlich die alte Ausflucht herhalten, daß nicht überzeugte Sozialdemokraten, sondern nur verärgerte, verstimmt bürgerliche Wähler der Sozialdemokratie den beispiellosen Triumph bereitet hätten. Das nächstmal würden diese Mittläufer ganz bestimmt in den Schoß der bürgerlichen Parteien zurückkehren! Eitles Hoffen! Bei jeder Wahl haben sich die bürgerlichen Parteien mit diesem Troste zu beruhigen versucht; aber jedesmal hat die folgende Wahl ihre Hoffnung zerstört. Stets und stetig, von einer Wahl zur anderen, ist die Zahl unserer Stimmen gewachsen. Selbst 1907, als wir die Hälfte unserer Mandate verloren, war unsere Stimmenzahl um eine Viertelmillion größer als 1903! So ist es der Sozialdemokratie noch stets gelungen, die „Mittläufer“, die uns zum erstenmal zögernd ihre Stimmen gegeben, bis zum nächsten Wahltag zu klassenbewußten Arbeitern, zu überzeugten Sozialdemokraten zu erziehen, die kein Regierungsdruck und kein Unternehmerterror, keine Wahlklüge und keine Verleumdung irrezumachen vermögen. Es wird diesmal nicht anders sein. Wir haben gerade diesmal wohl weit weniger bloße „Mittläufer“ als bei früheren Wahlen. Denn diesmal zogen ja auch die Freisinnigen, ja selbst die Nationalliberalen als Oppositionelle, als Todfeinde der Regierung und des schwarz-blauen Blocks in den Wahlkampf. An heftigen Angriffen gegen die herrschenden Gewalten haben es auch die liberalen Wahlwerber wahrhaftig nicht fehlen lassen. Der unzufriedene, durch die neuen Steuern und die fortschreitende Teuerung ergrimmte Wähler hatte also Gelegenheit genug, seinen Zorn durch die Wahl der wildgewordenen Liberalen Ausdruck zu geben, ohne gleich den „vaterlandslosen“ Sozialdemokraten seine Stimme geben zu müssen. Und ihm zu beweisen, welche ungeheure Gefahr die Wahl der blutrünstigen Republikaner, der revolutionären Eigentumsfeinde, der internationalen Verächter der Reichsherrlichkeit für die Größe und Macht des Reiches bedeute, haben die Regierung und die bürgerlichen Parteien wirklich alles Erdenkliche getan. Und dennoch vereinnahmten Millionen Stimmen! Nein, das kann die Ausrede von den „Mittläufern“ nicht erklären!

Freilich haben wir ein paar Duzend Mandate nur mit bürgerlicher Hilfe gewinnen können. Aber auch das ändert nichts an der Bedeutung dieser Wahl. Die vier- undsechzig Wahlbezirke, die im ersten Wahlgang aus eigener Kraft erobert wurden, sind gesicherte Befestigungen der Arbeiterklasse. Aber auch von den Mandaten, die in der Stichwahl erobert wurden, danken wir nicht wenige eigener Kraft; es sind das Mandate, bei denen uns im ersten Wahlgang nur wenige Stimmen fehlten, die Mehrheit zu erlangen.

Bei Drucklegung dieses Artikels schwankt die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten noch zwischen 110 und 111.

Die Klassegegensätze sind in Deutschland schroffer als in jedem anderen Lande. Der kleinste Unternehmer wie der reichste Kapitalist sind über das sieghafte Fortschreiten der Gewerkschaften ergrimmt. Der kleinste Krämer haßt den Konsumverein. In Deutschland wendet sich der ganze Haß aller, die um ihre Profite zittern, gegen die Partei des Proletariats. Und dennoch haben viele Tausende bürgerlicher Wähler am Tage der Stichwahl den Sozialdemokraten gewählt. Denn so groß ihr Haß gegen uns ist, so hat doch die ganze Geschichte Deutschlands die Erkenntnis in ihre Köpfe gehämmert, daß kein Fortschritt in Deutschland möglich, keine Tat gegen die Willkürherrschaft der Junker und den Übermut der Pfaffen denkbar ist ohne die Stärkung der Sozialdemokratie! Frohen Herzens haben uns auch in Deutschland die bürgerlichen Wähler nicht ihre Stimmen gegeben. Sie mußten uns wählen, weil der Blinde schon die Tatsache sieht, daß jeder Fortschritt im Leben des deutschen Volkes gebunden ist an das Fortschreiten der Sozialdemokratie!

So sitzen denn nun 110 Sozialdemokraten im Parlament der deutschen Nation. Wohl werden sie auch dort noch eine Minderheit sein; die Regierung verfügt immer noch über eine Mehrheit, die ihr Flottenrüstungen und Wucherzölle bewilligen wird. Sichtbare Erfolge werden die neuen Volksvertreter den deutschen Arbeitern nicht so bald heimbringen; auch dort wird die bürgerliche Mehrheit die Forderungen der Arbeiterklasse auch in Zukunft pünktlich niederstimmen.

Und dennoch ist diese Wahl ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung. Denn sie zeigt, wie mächtig die klassenbewußte Arbeiterschaft im deutschen Volke schon geworden ist, wie schnell, wie rüstig, wie unaufhaltsam sie dem Tage entgegenstreitet, an dem die Minderheit zur Mehrheit werden, an dem die Macht den herrschenden Klassen entgleiten, an dem das Deutsche Reich, das immer noch das „Reich der Reichen“ ist, erst wahrhaft zum Reiche des deutschen Volkes werden wird!

Nach dem Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs bei Sedan schrieb Karl Marx, nun werde der Schwerpunkt der europäischen Arbeiterbewegung von Frankreich nach Deutschland verlegt werden. Das Wort des großen Meisters ist längst wahr geworden. Längst steht die deutsche Arbeiterklasse an der Spitze des internationalen Proletariats. Auf deutschem Boden nähert sich der weltgeschichtliche Kampf zwischen Arbeit und Kapital zuerst der Entscheidung. Sind in der bürgerlichen Revolution die großen entscheidenden Schlachten in Frankreich geschlagen worden, so wird im weltgeschichtlichen Befreiungskampf des Proletariats auf deutschem Boden die Entscheidung fallen. Darum sind die Augen der Proletarier aller Länder heute auf Deutschland gerichtet. In allen Sprachen der Menschheit, aus allen Ländern der Erde tönt es jubelnd, hoffend, siegesgewiß den deutschen Arbeitern entgegen: Heil dem roten Deutschland!

Der dritte Stichwahltag.

Am 25. Januar fanden die letzten 33 Stichwahlen statt. In Westpreußen standen zwei Wahlkreise: Elbing-Marienburg und Schwedt in Stichwahl. Hier ist das Resultat so:

Elbing-Marienburg.
In der Hauptwahl erhielten:
Crispien (Sozialdemokrat) 8133 Stimmen
Schröder (Freikonservativ) 8189 Stimmen
Oldenburg (Konjervativ) 10860 Stimmen.
In der Stichwahl zwischen Oldenburg und Schröder wurde Schröder mit 14802 gegen 11424 Stimmen gewählt. Einige Teilergebnisse lassen wir folgen:
Elbing-Stadt: Schröder 7900, Oldenburg 1247 (Hauptwahl Schröder 3679, Oldenburg 1159, Crispian 5027);
Elbing-Land: Schröder 2780, Oldenburg 3579 (Hauptwahl Schröder 1784, Oldenburg 3757, Crispian 1469);
Marienburg-Stadt: Schröder 1735, Oldenburg 756 (Hauptwahl Schröder 1022, Oldenburg 493, Crispian 409);
Neuteich: Schröder 293, Oldenburg 123 (Hauptwahl Schröder 180, Oldenburg 107, Crispian 125).

Es ist klar, daß ein großer Teil unserer Arbeiter unsere Parole: Stimmenthaltung, nicht befolgte. Für heute wollen wir nur bemerken, daß vier Gründe dafür in Betracht kommen: Erstens die Haltung Oldenburgs im Reichstage, zweitens der heim-

tüchliche Schwindel der „Vaterländischen“, die im letzten Augenblick Flugblätter verbreiteten, daß die deutsche sozialdemokratische Parteileitung in Berlin die Lösung Stimmenthaltung aufgehoben und den Wählern freigegeben habe, für Schröder zu stimmen. Drittens, der rollende Kubel, über den wir schon wiederholt berichtet haben und viertens der scharfmacherische Terror.

Heimtücke, Bosheit, Gewalt und Niedertracht errangen einen Augenblickserfolg. Nichts weiter!

Schwedt.
In der Stichwahl zwischen dem Polen v. Sah-Jaworski und v. Halem (Rp.) wurde Landrat v. Halem = Schwedt mit 8605 gegen 8046 Stimmen gewählt und damit dem Polen das Mandat entzogen.

Die übrigen Stichwahlen im Reiche brachten der Sozialdemokratie noch 11 Mandate, sodaß unsere Reichstagsfraktion auf 110 Mann angewachsen ist.

Behauptet wurden Düsseldorf, gewählt Haberland; Dortmund, gewählt Dr. Erdmann.

Neugewonnen wurden Potsdam-Osthavelland, gewählt Liebknecht; Elberfeld = Barmen, gewählt Ebert; Lennep = Remscheid, gewählt Dittmann; Altena = Iserlohn, gewählt Spiegel; Nordhausen, gewählt Dr. Cohn; Calau = Luckau, gewählt Wels; Schweinitz = Wittenberg, gewählt Hildebrandt; Grünberg = Freystadt, gewählt Davidsohn; Striegau = Schneidnitz, gewählt Feldmann.

Verloren gingen: Bochum = Belsenkirchen; früherer Vertreter Hue; Frankfurt a. O. = Lebus, früherer Vertreter Dr. Weyl; Mülheim a. R. = Duisburg, früherer Vertreter Hengsbach.

Die Konservativen erhielten noch 1 Mandat. Sie zählen jetzt 43 Abgeordnete, gegen 59 im alten Reichstage. Die Reichspartei holte sich noch 2 Mandate und kam damit auf 14, gegen 25 im blaueschwarzen Reichstage.

Das Zentrum vermachte nur noch 2 Mandate zu retten. Es sank damit von 103 auf 93 Abgeordnete.

Die Polen gewannen 2 und zählen insgesamt 18 Mandate. Sie besetzten 2 Sitze ein.

Die Nationalliberalen holten sich 9 Mandate und sind damit 45 Köpfe stark, gegen 51 im früheren Reichstage.

Die fortschrittliche Volkspartei errang 7 Mandate und verfügt über 42 Reichstagsitze. Sie verlor 6 Mandate.

Gewählt wurde endlich noch 1 Wilder.

Block und Antiblock.

Die nunmehr abgeschlossene Reichstagswahl ergibt folgende Starkeverhältnisse der Blauschwarzen und ihrer Gegner im Reichstage:

	12. Januar	1. Stichwahl 20. Januar	22. Januar	25. Januar	Insgesamt
Konservative	27	9	5	1	42
Reichspartei	5	6	1	2	14
Wirtsch. Vereinigung	3	6	4	-	13
Zentrum	81	7	3	1	93
Elfsäßer (Hosp. d. Ztr.)	5	-	-	-	5
Polen	14	-	2	2	18
Welfen	-	2	3	-	5
Blockanhänger	135	36	18	6	190
Sozialdemokraten	64	8	27	11	110
Fortschr. Volkspart.	-	17	19	7	42
Nationalliberale u. Deutsch. Bauernb.	4	21	12	9	45
Bauernb. u. Reichsinger	1	-	2	-	3
Dänen	1	-	1	-	2
Wilder	-	2	1	1	4
Blockgegner	71	48	62	27	207

Nach dieser Tabelle ist der blauschwarze Block mit 190 gegen 207 Mandaten in der Minderheit.

Durch die Wilden, die in der Tabelle dem Antiblock zugezählt sind, dürften sich diese Zahlen bei gewissen Materien noch etwas zugunsten des Blocks verschieben. Wenn sich auch noch einige Verschiebungen der einzelnen Zahlen ergeben werden, sozial scheint doch sicher, daß der blauschwarze Block zertrümmert ist.

Politische Übersicht.

Preussischer Segen.

Mit einem wahren Jubel begrüßt die reaktionäre Presse das in der preussischen Thronrede angekündigte Gesetz über den Zwang zur Arbeit. Sie hat so Unrecht nicht, denn ganz richtig bezeichnet der Vorwärts den Entwurf als einen solchen, dessen reaktionärer Inhalt selbst in Preußen auffallen muß. Ein konservatives Pro-

Deutschland.

Der Reichstag einberufen.

Durch Kaiserliche Kabinettsorder vom 22. d. Mts. ist der Reichstag auf den 7. Februar einberufen worden.

Staatsfreilüftern.

Der Wahlausfall hat das Scharfmachergezücht aufgepeitscht. Nur mühsam verhalten die Hamburger Nachrichten ihre Wut, und man merkt ihnen die erzwungene Zurückhaltung an, wenn sie am Ende einer längeren Betrachtung schreiben:

Wir erwarten von der gegenwärtigen Regierung keine Änderung des Wahlrechts, wohl aber die Anwendung aller verfassungsmäßigen Mittel, die sich darbieten, um dem roten Spuk ein Ende zu machen. Das nächstliegende Mittel aber besteht in der Auflösung des Reichstages. Freilich ist es damit nicht allein getan, sondern die Regierung muß auch entschlossen sein, in der neuen Wahlbewegung energisch an die Spitze des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu treten und das ganze nationalgesinnte Bürgertum geschlossen gegen die Umkartzpartei zu führen. Diese Aufgabe zu lösen, ist nicht schwer, wenn man den heilsamen Choc in Betracht zieht, den das deutsche Bürgertum jetzt erlitten hat. Handelt die Regierung anders, als oben gesagt, so muß sie bei allen deutschen Patrioten den letzten Rest des Vertrauens einbüßen, den sie jetzt noch genießt. Was aber dann, auf wen will sich die Regierung dann noch stützen? Man mag die neue innerpolitische Lage pfeifen, wie man will, es bleibt anderes Erachtens nur ein Mittel übrig, sie zum Segen des Vaterlandes zu lösen, die Auflösung des roten Reichstages.

Die Regierung wird sich natürlich noch dreimal überlegen, ob sie nicht klüger daran tut, diesem Scharfmachergezücht nicht zu folgen. Denn schließlich: mag man den Reichstag auflösen, so oft man will, die Reichserforschung legt ja nach dieser Richtung der Regierung keine Schranken auf - ein wesentlich anderes Resultat ist nicht zu erwarten. Die „jugkräftigen“ Wahlproleten können höchstens ein paar Spitzler zurückdrücken, bestenfalls auch einige Mandate der Sozialdemokratie entreißen, aber an der Stimmung im Volke, wie sie sich in den 4 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen ausdrückt, wird nichts geändert. Das wissen auch die Scharfmacher recht gut. Ihr wirkliches Ziel ist die Abschaffung des Reichstagswahlrechts, wenn sie das auch diesmal nicht offen einräumen wollen.

60 Millionen allein aus dem Salz.

Im Rechnungsjahr 1910 sind im deutschen Zollgebiet gewonnen an Steinsalz 1.290.827 (1909: 1.295.176) und an Siedesalz 675.163 (628.893) Tonnen. Die gesamte Salzgewinnung war die größte bisher festgestellte. Eingeführt sind 10.366, ausgeführt 341.057 (1909: 320.458) Tonnen.

Zum Verbrauch gelangten an Speisesalz 520.803 (500.220) Tonnen oder auf den Kopf der Bevölkerung 8,0 (7,8) Kilogramm. Zu landwirtschaftlichen und gewerblichen Zwecken wurden 1.088.807 (1.094.532) Tonnen Salz, das ist 16,3 (17,0) Kilogramm auf den Kopf haushälterisch verbraucht.

Die Einnahmen aus Salz- und Salzsteuer beliefen sich im Rechnungsjahr 1910 auf 61,53 Millionen Mark gegen 59,21 Millionen im Jahre 1909.

Jedes Pfund Salz ist mit sechs Pfennig Steuer belastet, damit die Besitzenden keine direkte Reichseinkommen- oder Vermögenssteuer zahlen brauchen!

Konservative Geschäftsordnungsrevision im preussischen Dreiklassenparlament.

Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat folgenden Antrag eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die Geschäftsordnungscommission mit einer Revision der Geschäftsordnung nach der Richtung zu beauftragen, daß:

1. solche Beschlüsse, welche tatsächlich außer Anwendung gekommen sind zum Beispiel 3. 29. Sitzung 4. Bildung der Kommissionen, 2. 47. Sitzung 10. durch keine Fristen werden,

2. klare Bestimmungen für solche Fälle getroffen werden, deren Schenkung mögliche Unklarheiten und Unvollständigkeit der Geschäftsordnung in der Praxis hinweg ist zum Beispiel Wertentziehung in Selbstverschuldungsarbeiten.

3. die nicht mehr geltende Ausdrucksweise der Geschäftsordnung durch einfache, klare, von Fremdsprachen möglichst freie Fassung der Vorschriften ersetzt wird.

Der Antrag nimmt den Antrag von Brandenstein wieder auf, der in der letzten Session nicht erledigt wurde.

Die beiden Seiten.

In Berlin gehen gegenwärtig 7000 Wohnungen leer. Darunter 2000 kleine.

In der Berliner städtischen Wälder für Obdachlose wurden am Abend des 16. Januar nicht weniger als 5700 Personen aufgenommen. Das ist die größte bisher festgestellte Zahl.

Ausland.

Der italienisch-türkische Krieg.

Robt einem Bericht des Janus war der Kampf bei Serravalle am 15. Januar ein heftiger erbitterter Sieg. Die Italiener wurden geschlagen, und ihrer Verteidigungsstellungen verlustig. Nach dem Kampfe des Raubs mußten die Italiener auch die letzte Verteidigungsstellung aufgeben und sich bis in die Gasse von Serravalle zurückziehen. Die Italiener hatten 150 Mann und mehrere große Mengen von Munition, Waffen und Geschütz verloren.

Die chinesische Revolution.

Die Bewegung des Südens über die Abänderung der Verfassung hat sich weiter ausbreiten. Insbesondere hat viele neue Streitigkeiten, die die Anhänger anderer Meinungen hervorrufen und sich nicht abklären lassen. Die Souveränität der Provinzen wird abgelehnt, sondern den Krieg bis zum völligen Zusammenbruch der Dynastie zu führen. Quantitativ ist eine große Anzahl von Soldaten in die Bewegung übergegangen, und es wird zu erwarten sein, daß die Bewegung sich weiter ausbreiten wird.

Kleine politische Nachrichten.

Freiburger für den Schwarzen Krieg.

Der Reichstag hat am 22. Januar beschlossen, daß die Freiburger für den Schwarzen Krieg, die am 15. Januar in Freiburg erschienen sind, für die Dauer von drei Jahren zum Militärdienst freigestellt werden. Diese Freistellung ist eine Anerkennung der Verdienste der Freiburger für den Schwarzen Krieg.

Der Reichstag hat am 22. Januar beschlossen, daß die Freiburger für den Schwarzen Krieg, die am 15. Januar in Freiburg erschienen sind, für die Dauer von drei Jahren zum Militärdienst freigestellt werden. Diese Freistellung ist eine Anerkennung der Verdienste der Freiburger für den Schwarzen Krieg.

Der Reichstag hat am 22. Januar beschlossen, daß die Freiburger für den Schwarzen Krieg, die am 15. Januar in Freiburg erschienen sind, für die Dauer von drei Jahren zum Militärdienst freigestellt werden. Diese Freistellung ist eine Anerkennung der Verdienste der Freiburger für den Schwarzen Krieg.

Wählt heut auf alle Fälle

Düwell in die Reichstagskammer!

Denn der „Freisinn“ ist vom Uebel.

Darum hat der Kampf der Düwell!

Wählt Wähler! Einen Dämpfer

Diesem Kampf, dem Freisinnskämpfer!

Mit 9 Stimmen hat der Düwell den Kampf leben lassen.

Aus Westpreußen.

Danzig.

Mehr als 10 000 Stimmen!

Zukunftsverheißend blühte sich am 22. Januar das historische rote Banner Danzigs. Zum ersten Male haben an diesem Tage mehr als 10 000 Bürger der alten Hansestadt den leuchtenden Purpur der Freiheit durch die Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel gelehrt. Ehrenvoll schloß die Sozialdemokratie das diesjährige Wahlgang ab. Wohl gelang es bei diesem Ansturm noch nicht, das nordische Venedig dem Börsenfreisinn zu entreißen. Noch immer fließt an der Wasserfront diese einzige Lücke in dem sonst vollständigen Kranze sozialdemokratischer Eroberungen. Aber die neuesten Nachrichten haben nur zu sehr recht: Danzig ist die letzte Seestadt, die noch nicht die Sozialdemokratie als endgültige Siegerin sah. Nur deshalb noch nicht, um es ganz bestimmt zu werden! Schon stehen wir dicht unter den Wällen des Feindes, schon sind unsere Sturmleiter befestigt. Es gilt nur noch den letzten Vorstoß und das schon längt nicht mehr liberale Volkwerk ihr unfer! Neben der roten Bürgerfahne kündigt dann das sozialdemokratische Banner triumphierend Sieg.

Es geht unauffhaltsam vorwärts auch in Danzig, trotz aller Demagogie und Niederträchtigkeit des Börsenfreisinn. Seine längst reichsverbandlerische Methode, uns Sozialdemokraten bestenfalls als verschrobene Narren zu verleumden, hat die Jugt verloren. Die grundsätzliche Aufschlüsselung der kurzlichstigen Selbstsucht der Staatsarbeiter steht bei der dankenswerten Wühle mit der besonders der Kandidat Wammsen diesen Schwinde, der Plottenintendanten zerrüttet, nicht mehr in der gewünschten Weise. Die Hauptwahl am 12. Januar entblich zu deutlich, tr. d. der mit der Nacht der Verzweiflung um die Existenz ringenden Agitation, die Schwäche der Börsenpartei in dem Danzig, das sie als ihre erbliche Domäne betrachtete. Mit Hilfe der Nationalliberalen und erheblichen Zuspruchs der besser situierten Konservativen und Zentrümler gelang es noch einmal, den Börsenpartei Kandidaten Weinhayen mit 9418 Stimmen an die Spitze der Mandatsbewerber zu bringen. Genosse Martwald folgte ihm trotz der Riesenanstrengungen der vereinigten Blauschwarzen, jedoch bereits mit 8038 Stimmen. Gegen den Börsenpartei Kandidaten und seine Helfershelfer erklärten, sich insgesamt 15 761 Wähler und 7728 Nichtwähler zeigte auch keine Lust, ihn herauszuheben.

Deshalb war die Furcht der Börsendemagogen vor dem Ausfall der Stichwahl verständlich. Es begann nun eine Heze dieser nach Weinhayen und Wammsen vornehmten und schändlichen Kämpfer, gegen die Sozialdemokratie, die selbst Reichsverbandler beschämten könnte. Ueberhaupt schien der Freisinn mit Gewalt beweisen zu wollen, daß er die Reichsverbandsmethode noch übertrifft. Der Aufrechterhaltung Martwalds, gegen die behördliche Beschränkung der Wahlfreiheit der Königsberger Eisenbahner zu protestieren, entsprach Weinhayen, der charaktervolle Vertreter der Gesamtbevölkerung und speziell des freiwilligen Bürgertums, nicht. Dagegen veröffentlichte die Danziger Zeitung am 20. Januar einen Erlaß des Eisenbahnministers, der allen Eisenbahnarbeitern das Verbot der Teilnahme an allen sozialdemokratischen Bestrebungen bei Strafe der Entlassung einschloß. Natürlich fand das Blatt dagegen nichts einzuwenden! Bis zum Erbrechen wälzte es sich in Versicherungen der freiwilligen Königstreue und proklamierte den Freisinn als das zuverlässigste Heilmittel des Kronprinzen. Nicht das Volkswohl, sondern das etwaige Stützsystem eines Regimentskommandeurs sollte die Abtötung der Wähler lenken! Die Blauschwarzen sollten, trotz der Verzögerung, die sich ihrer durch die „vornehme“ freiwillige Bestämpfung bemächtigt, mit allen Mitteln zur Stichwahlhilfe gewonnen werden. Am 21. Januar früh denunzierte die Danziger Zeitung die Genossen Zeffen und mit ihr den - rotesten aller Horen - Genossen Martwald des „gemeinen Landesverrats!“ Das elende Blatt wird wegen dieser schamlosen Aufhebung des Staatsanwalts bei notwendiger Züchtigung noch erhalten. In der freisinnigen Beamten-Versammlung, die am gleichen Tage im Bildungsvereinshaufe stattfand, wurden die Beamten, vornehmlich durch den liberalen Oberpostsekretär Stahl, wieder durch die Drohung mit dem Dienst zur Gefinnungsklaverei für Weinhayen zu pressen geküht! Durch Infrate mußten „Zentrums-wähler“ versichern, daß sie in der Stichwahl nur für Weinhayen stimmen würden. Gleich nach der Hauptwahl hatten die höchsten Spitzen der Behörden, vom Oberpräsident von Jagow an, alles in Bewegung gesetzt, um die Konservativen und das Zentrum zur Abgabe einer Stichwahlparole für Weinhayen zu veranlassen. Offiziell hatten sie aber keinen Erfolg. Sowohl das Zentrum wie die Konservativen erklärten Wahlenthaltung. Darauf waren die Freisinnigen zu unanständig, aus Zitaten von Flugblättern der Konservativen einen Aufruf zu einer Unterchrist zusammenzustellen und zu veröffentlichen, der den Eindruck erwecken sollte, als hätten die Konservativen ihre Stichwahlparole geändert!

Diese Tride und das heiße Werben um die Bruderhand der erst nach Notizen heruntergerissenen Unterlegenen beantwortete das demokratische Westpreussische Volksblatt am 20. Januar durch diese hitzige Erklärung:

Es kommt einem der köstliche Wackel an, wenn man solches verlogene Bankrotspiel anhöret maß. Ein Wackel und Eugen Richter würden hier mit Verachtung von solcher Spinnerei abweisen.

Der Einzelberaternus, genannt „Freisinnliche“ Volkspartei, ist ein steter Partier der verächtlichsten Charakterlosigkeit herabgefallen. Eine solche Partei überläßt man ihrem Schicksal!

In diese Charakterisierung wird man sich erinnern müssen, wenn der kommunale Anglistoch im Herbst diese scuderen Brüder wieder in trautlicher Gemeinsamkeit allefamt umschließt. So böse hat es der Groß der Blauen und Schwarzen schließlich aber doch nicht gemeint. Die Einwirkung der hohen Behörden zugunsten des für unbedenkliche Bestreben schwärmenden Freisinn war nicht vergeblich. Die ganze reaktionäre Masse fand sich wieder in der Stichwahl zusammen und der „Freisinn“ siegte noch einmal auf den getretenen Krüden, die er schon seit 20 Jahren schätzen gelernt hat. Unschuldig sauber der Schwarzenblauen war doch nur eitel Dunst!

In der Stichwahl wurden 25 133 Stimmen abgegeben und damit die Zahl der Wähler im ersten Gang von 25 179 wieder voll erreicht. Allerdings sind es nicht durchwegs die gleichen Wähler gewesen. In den 10 735 Stimmen, die Genosse Martwald erhielt, gewannen er 2097 gegen die Hauptwahl. In ihnen befindet sich eine handliche Anzahl Reichsden, die unsere Genossen in angereicherter Arbeit aus den Nichtwählern herauszuholen. Ein nicht zu vernachlässigender Teil des Zuwachses mag von Zentrumsarbeitern kommen. Die in der Stichwahl gegen den großkapitalistischen Bewerber der Millionen Stimmen. Dieser gewann mit seinen 13 578 Stimmen gegen die Hauptwahl zwar 4460 von den Schwarzen und Blauen. Die Differenz zwischen ihm und dem Sozialdemokraten blieb aber nur noch 2843 Stimmen. Im Jahre 1907 waren es

dagegen 5822 gewesen. Am 1317 Stimmen überschritten wir die Stimmzahl, die Weinhausen in der Hauptwahl erhielt. Am besten schlugen sich die Genossen der Altstadt und in Schlichting und in St. Albrecht. Günstig schnitten wir auch in einem Teil von Langfuhr und ebenso in der Niederstadt ab, selbst in der Rechtsstadt bedrängten wir schon den Feind. Besonders stolz können wir auch die Genossen von Neufahrwasser auf die von ihnen erzielten Erfolge sein. Der schwarze Bann beginnt zu weichen! 502 Stimmen erhielten wir dort in der Hauptwahl gegen 480 freisinnige und 531 schiedswarige. Trotz allem Terrorismus sind wir dort die stärkste Partei. Die Schlichtinger Genossen schlugen sofort in der Hauptwahl mit 490 Stimmen sämtliche Gegner, die nur 380 Stimmen erhielten.

Bei der Stichwahl schlugen wir die Gegner in 14 von den 51 Wahlbezirken. In weiteren 9 Bezirken kamen wir ihrer Stimmzahl sehr nahe.

870 Stimmen waren in der Stichwahl von Zentrumswählern ungünstig gemacht, die damit einen Ratschlag ihres Westpr. Volksblattes besaßen.

Der Vormarsch der Sozialdemokratie ist also auch hier nicht aufzuhalten trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse. Ueber die 10 000 hinaus! das muß unsere Parole für die nächste Reichstags-hauptwahl sein! Jetzt erst tritt der Kampf um die Eroberung des Danziger Mandats in das letzte Stadium! Jetzt wird der Kampf erst heiß. Jetzt gilt es, keine Mühe durch den Ausbau der Organisationen und vor allem die Entwicklung der Volksarbeit zu scheuen, um dem Gegner im letzten Ringen den Rest zu geben.

Unsere nächste Aufgabe ist nun, dafür zu sorgen, daß die 10 000, die am 22. Januar für die Sozialdemokratie eintraten, nicht länger schweiglos dem Klassenterrorismus des Geldsacks im Rathaus ausgeliefert bleiben. Die Ausperrung von der Mitwirkung in der Gemeindevverwaltung ist bei dieser Höhe der Entwicklung der Arbeiterbewegung ein unerträglicher Zustand. Im Herbst finden schon wieder die Stadtverordnetenwahlen statt. Rüstet daher zum siegreichen Sturm auf das Rathaus.

Was einem Lehrmädchen geboten wird. Bei dem Konditoreibesitzer Carl Schulz befand sich die siebzehnjährige Tochter einer Witwe als Lehrmädchen in Stellung. Herr Schulz beschäftigte die Betreffende von 7 Uhr morgens bis nachts um 11 Uhr. Das Mädchen schlief im Hause und mußte mit dem Dienstmädchen des Herrn Schulz einen gemeinsamen Schlafraum benutzen. Dieser war ohne jede Heizvorrichtung. Die Tür zu diesem Gemach ließ sich nicht schließen. Infolge der starken Kälte wurden die Mädchen krank. Nun nahm die Witwe ihre Tochter nach Hause zum Schlafen. Damit war Herr Schulz aber nicht zufrieden, da er nun das Mädchen nicht mehr bis in die Nacht hinein beschäftigen konnte. Herr Schulz machte ihm den Vorschlag, in der Vorratskammer, in der die Zutaten zu dem Kuchen aufbewahrt wurden, zu schlafen. Diesen Raum, der Zucker, Kaffee, Marmeladen und ähnlichen guten Dingen als Aufenthaltsort dient, benutzt man in der Konditorei Schulz auch zum Wägenarbeiten. Im Vorratsraum zu nächtigen, lehnte das Mädchen ab und so willigte Herr Schulz in die Auflösung des Lehrverhältnisses. Das Dienstmädchen, das von außerhalb war, kehrte der Herrschaft ebenfalls den Rücken. Ob Wägenarbeiten, Schlafen, Ankleiden und Föhren in einem Raum, der Lebensmittel zur Aufbewahrung dient, polizeilich verboten ist, wissen wir nicht. Appetitregend jedenfalls ist das auf keinen Fall.

Die Stadt Danzig als Siegerin.

Zwischen dem Kreis Danziger Höhe und der Kommune Danzig schwaben seit längerer Zeit Differenzen bezüglich der Ueberlandzentrale Straßchen-Brangschin. Der Magistrat wollte Teile des Kreises Danziger Niederung Strom aus seinem Elektrizitätsnetz zuführen. Davon hörte der Kreis Danziger Höhe und legte seine Leitungen in die Niederung, teilweise ohne Vorwissen des Landrats dieses Kreises. Bröfen und Gasse will nun die Stadt verlangen und gegebenenfalls die Leitungen abkaufen. Da das abgelehnt wurde, zog der Danziger Magistrat die auf Widerruf erteilte Erlaubnis zum Ziehen der Straßchen Leitungen auf seinem Gebiet zurück. Die Ueberlandzentrale entfernte die Leitungen nicht und nun klagt die Stadt auf Entfernung der Masten und Leitungen. Das Landgericht entschied vor einigen Tagen zugunsten der Stadt und erklärte das Urteil gegen Hinterlegung einer Kaution von 60 000 Mark für vorläufig vollstreckbar. Die Kosten muß der Kreis Danziger Höhe tragen. Der Kreis dürfte jetzt neuen Verhandlungen zugänglicher sein, als bisher.

Aus den Kreisen Danziger Guttempler erhalten wir folgende Zuschrift:

Sehr geehrte Schriftleitung!

Vor kurzem ging durch zahlreiche Tageszeitungen eine Notiz, die auch in Ihrem geschätzten Blatt abgedruckt wurde. Diese Notiz berichtet von einer Wahlversammlung im Wahlkreise Grünberg-Freysbad, es seien vor Beginn der Versammlung sämtliche Tische mit gefüllten Schnapsflaschen dekoriert gewesen. Da trotzdem nur 20 Wähler erschienen seien, habe der Referent also das Vergnügen gehabt, vor gefüllten Schnapsflaschen, aber vor leeren Stühlen zu sprechen. Er sagt dann wörtlich in der Notiz: „An Bedeutung gewinnt der Vorgang dadurch, daß der konservative Kandidat Kommerzienrat Beuchelt-Grünberg, in dessen Interesse die ganze Batterie von Jesuitischen aufgeföhren wurde, Ausschusmitglied der Wanderausstellung gegen den Alkoholismus ist.“

Die unterzeichneten Organisationen, die Befürworter größerer Wanderausstellungen gegen den Alkoholismus sind, legen mit Rücksicht auf obige Notiz Wert darauf, öffentlich festzustellen, daß Herr Kommerzienrat Beuchelt in keiner Beziehung zu ihren Ausstellungen steht.

Mit der höflichen Bitte, vorstehende Zeilen in Ihrem geschätzten Blatt zum Abdruck bringen zu wollen, zeichnen

unter Versicherung vorzüglicher Hochachtung

Deutschlands Großloge II des Internationalen Guttemplerordens

i. A. G. Köhler.

Schwäbischer Gauverband gegen den Alkoholismus

i. A. Dr. med. A. Pfeifferer.

Allgemeiner Deutscher Zentralverband zur Bekämpfung des

Alkoholismus i. A. Dr. R. Kraut.

50 Prozent Erholungswucher! Am 22. Januar ist leider der Terrorismusheer Weinhausen noch einmal als der Vertreter des kommerziellen Börsenfreisins in den Reichstag gewählt. Natürlich ist der Mann kein Vertreter bestimmter Interessen. Er wurde ja als nichts weniger als der Kandidat der Gesamtbevölkerung gerühmt. Und der Sanktulus der Großkaufleute, Dr. Fehrmann, ging sogar als agitatorischer Vöthephilosoph zu dem Studenten und sang dort das Lob des Liberalismus in den höchsten Tönen. Nach ihm bedeutet Liberalismus, Entlastung und Aufstieg der unteren Klassen und die Freiheit der Persönlichkeit. Ähnlich schwungvoll pries der kommerziell-rätsliche Millionär Münsterberg die Volksbeglückung durch den „freihetlichen“ Liberalismus, der mit warmem Herzen für alle Volksklassen Sorge. Von dem Hirschen-Dunkeligen Sozialistenfresser Heinrich, der in der Börsenpartei neben dem hochberühmten Arbeitswilligen-Organisator Mroczkowski den Arbeitervertreter spielt, wollen wir lieber schweigen.

Am 22. Januar konnte der Kandidat der Kommerzienräte das Mandat nur noch mit Not und Mühe dadurch halten, daß Hunderte armer Menschen noch einmal den freisinnigen

Phrasen glaubten und ihre Rettung aus Not und Bedrängnis vom Liberalismus erhofften. Am 23. Januar spielte der kommerziell-rätsliche Demagogenklingel dem armen Volke zum Dank dafür, schon wieder die Verachtung der Gelbproben ins Gesicht. Das Gesicht hatte es wunderbarer Weise gerade so gefügt, daß die Stadtverordneten-Versammlung, die sich mit der „Verbesserung“ der sogenannten Luftbarkeitssteuer beschäftigte, nach längerer Vertagung ausgerechnet am Tage nach der Stichwahl stattfand! Diese Steuer ist an sich schon ein Denkmal der praktischen Volksfreundlichkeit des Freisins und seiner schwarzblauen Verbündeten. Vor zwei Jahren wußte der freisinnige Hauptchef Münsterberg die stärkere Besteuerung der Hausagrarier durch bewegliche Klagen über deren Not zu verhindern. Die Besteuerung geringster gewöhnlicher Erholung der Armut ging diesem Vertreter des Gemeinwohlens aber noch niemals weder gegen das Prinzip noch gegen das Gefühl. Dabei ist diese Steuer durchaus eine Ausnahmebesteuerung der Arbeiter. Die prunkvollsten Luzusfeste der Millionäre, die im eigenen Hause stattfinden, werden davon nicht berührt. Patriotische Gebenfeiern werden nicht besteuert. Dadurch degradiert man diese Steuerart direkt zur Besinnungssteuer. Und wo nicht die Vorschriften dieser infamen Steuer ohne Weiteres die Gutgesinnten und Bescheidenen von ihr entbinden, da wird das Geld mit vollen Händen von den Rathäusern als Luftbarkeitsprämien für Saufabende, Flug- und Festwochen usw. fortgeworfen. Der Magistrat glaubte ursprünglich nur 80 000 Mk. aus dieser Steuer zu erhalten. Es wurden aber 130 000 Mk. herausgeholt und nun kam der Appetit noch mehr. Natürlich sollte nur eine „Verbesserung“ erfolgen. Die Pauschalsteuer wurde herabgesetzt, doch sollte ihre Zahlung nur bei Billettpreisen unter 50 Pfg. gestattet werden. Sie sollte also höchstens bis 49 Pfg. zulässig sein. Bisher betrug die Kartensteuer durchweg 10 Prozent des Preises. Das behagte dem Magistrat angeblich wegen der Pfenningwirtschaft nicht. Er schlug daher ganz harmlos vor, daß die Steuerbeträge auf mindestens 5 Pfennige abgerundet würden. Danach wären also bei einem Kinderfest, bei dem man sich auf 5 Pfg. Eintrittsgeld beschränkte, 5 Pfg. oder volle 100 Prozent Luftbarkeitssteuer zu zahlen. Bei den Veranstaltungen mit höheren Eintrittspreisen würde die Steuer bei 10 Pfg. 50 Prozent, bei 15 Pfg. 33 1/3 Prozent, 20 Pfg. 25 Prozent usw. betragen. Bei über 50 Pfg., also selbst bei 5 Mk. und mehr, kann sie dafür aber nie mehr als 10 Prozent ausmachen. Und diese skandalöse Steuerauswucherung der Armen und Ärmsten empfahlen die gleichen Freisinnshelden, Dr. Fehrmann, Münsterberg und ihr gehorsamer Arbeiteranhang, die bei der Wahlaktion die Schrecken der 25 Prozent-Besteuerung der Reichs durch die siegreiche Sozialdemokratie nicht entsetzlich genug schildern konnten. Die Zulassung der Pauschalsteuer für die Billetts zum Preise von 50 Pfg. lehnte der Magistrat so schroff ab, daß er daran die ganze Vorlage scheitern lassen wollte. Ein Unglück wäre das gewiß nicht gewesen. Dr. Fehrmann hat bekanntlich bereits die Unentgeltlichkeit des Gewerbegerichts stranguliert. Er war also auch der geeignete Referent für diese Steuer. Der Herr wurde sogar in E. nst während, als die Pauschalsteuer sehr dringend auch für 50 Pfg. verlangt wurde. Er verbat sich mit hochkomisch wirkender Entrüstung das Herumreiten auf den 49 Pfg. Er begann sich erst dann eines anderen, als der Stadtverordnete Schade ihn mit trockenem Sarkasmus gründlich heimlichzte. Der Oberbürgermeister beklagte die unangenehme Steuer für die, die neben einem 3 Mark Konzertbillet noch 30 Pfennige Steuer zahlen und sich im Ratskeller mit Steuerbons plagen müßten. Die 50-Prozent-Steuerbewucherung erdichtete ihm als der Gipfel der Berechtigung. Die Zentrumsgagitaroren Krause und Klawitter leisteten sich wieder einmal das Vergnügen, gegen die Unge-rechtigkeit der Besteuerung der Armen, ebenso wie ihr schwarz-blauer Chef Schmidt, zu zeteren. Der Freisinnsschef Münsterberg erklärte sich ausbrüchlich mit dem 50-Prozent-Steuerwucher einverstanden. Er hofft, daß sie nicht zu häufig zur Anwendung kommen. Die kommerziell-rätslichen Arbeitervertreter Königsmann, Glashagen, Heinrich und Nitz stimmten schweigend ihrem Häuptling zu. Schließlich wurde die Ausdehnung der Steuerfreiheit auf „patriotische Festlichkeiten“, die Dr. Fehrmann natürlich empfohlen hatte, abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde die Zulassung der Pauschalzahlung auch für 50 Pfennig-Billetts mit 30 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Für die Ablehnung stimmten die freisinnigen „Arbeitervertreter ohne Ausnahme! Ebenfalls namentlich wurde die 50-Prozent-Bewucherung der Ärmsten mit 27 gegen 20 Stimmen beschloffen! Mit ihrem Münsterberg stimmten dafür auch Heinrich und Nitz. Nur Königsmann und Glashagen lehnten es ab, hierbei mitzumachen. Natürlich bleiben auch sie weiter treu der Partei, die die Armut derart verhöhnt. Sie werden das kulturfeindliche Steuermonstrum in der GesamtAbstimmung noch sehr gern retten. Da Vertagung eintrat, wird über die Vorlage erst in der nächsten Sitzung endgültig beschloffen.

In der Hauptsache ist leider die neueste soziale Brodtat des Kommunalfreisins unter Dach und Fach. Neben dem 18-Prozent-Leihamtswucher prangen nun als erhabener Beweis freisinniger Volksfreundschaft die 50 Prozent Luftbarkeitssteuer.

Danziger Lehrer gegen die Sozialdemokratie. Die Arbeit der Sozialdemokratie zur Beeinflussung der Jugend fand auf dem letzten deutschen Lehrertage verständnisvolle Würdigung. Dort war nichts von polizeilicher Engstirnigkeit gegenüber der proletarischen Bewegung und ihren Organisationen zu merken. Die deutsche Lehrerschaft lehnte es in ihrer Gesamtheit ab, der sozialistischen Kulturbewegung Steine in den Weg zu wälzen. Man lehnte es ehrlich und konsequent ab, die proletarische Jugendbildung als politisch zu ächten und die hurrapatriotische als neutral heilig zu sprechen. Leider ist diese allein würdige und die Einsicht und das Erziehungstalent der Lehrer ehrende Stellungnahme noch nicht Allgemeingut der Männer, denen die proletarische Jugend in den Schuljahren anvertraut ist.

Der Danziger Lehrerverein beging am 24. Januar sein 78. Stiftungsfest durch eine Festigung in Schönenhauje. Es war natürlich auch dem 200-jährigen Geburtstag des alten Fritz gewidmet. Deshalb hatte sich viel hoher Besuch, u. a. der Polizeipräsident Wessell, der Stadtrat Mayer, der Gewerbeinspektor Dr. Kröcker eingefunden. Den Festvortrag hielt der Mittelschullehrer A. Müller über „Grundlinien für die Mitarbeit der Lehrerschaft an der Fürsorge für die schulpflichtige Jugend“. Moralfeig ging der Vortragende entgegen der pfäffischen Moralfeigerei von der Ansicht aus, daß die Jugend nicht schlecht ist, gewiß nicht schlechter als früher, daß sie es nur schlechter hat. Leider blieb er aber auf halbem Wege stehen und vermied es durchaus, diesen Gedanken konsequent zu entwickeln.

Wäre das geschehen, dann hätte er ganz unmöglich sein Referat zu einer Befehdung der Sozialdemokratie ausspinnen können. Die Arbeiterpartei als Vertreterin sozialistischer Ideale übt ihm eine zersetzende Wirkung. Es sei falsch, wenn auf dem Lehrertage behauptet wurde, daß sozialdemokratische Vereine für die Jugend besser seien als gar keine. Die Jugend müsse politisch neutral bleiben und in Königstreue und Vaterlandsliebe erzogen werden.

Wenn der Redner darin politische Neutralität sieht, daß die Jugend mit Königstreue und Vaterlandsliebe bearbeitet wird, so ist das ein Standpunkt, der gerade noch auf dem Feiernhof gelten kann, weil es dort keinen Widerspruch geben darf. Sonst ist sich aber kein Mensch darüber im Zweifel, daß es eine ärgere politische Beeinflussung zu gunsten reaktionärer Mächte gar nicht gibt. Der Redner erwartete sich dadurch ein Verdienst, daß er den unpolitischen Schleier von der Jugendpflege zog. Ein Volksschullehrer hätte sicher einen verständnisvollen Standpunkt gegenüber den Bestrebungen der Viermillionenpartei gefunden. Die ständige Bekämpfung mit den Kindern des Volkes zwingt ihn zu einer objektiveren Wertung der in Proletariatskindern schlummernden Wünsche. Sollten noch viele Lehrer aus dem Standpunkt des Festdieners stehen, so würden wir das vom Standpunkt der Schule am meisten bedauern müssen. Deren Arbeit würde unmöglich ersprießlich sein können, wenn die Arbeiterpartei ihre Jugend in den Händen von Erziehern wüßte, die sich als Vorhut der Bekämpfung der Sozialdemokratie betätigen. Zu einer Klärung über die Ansichten anderer Lehrer kam es bei dieser Gelegenheit deshalb nicht, weil in der Festigung die Diskussion nicht gestattet war. Das ist sehr bedauerlich. Es ehrt wohl die Sozialdemokratie, daß sie auch bei so feierlichen Anlässen behördlichen Honoratioren als Festbraten serviert wird. Sachdienlicher würde es aber sein, wenn solche Ausföhörungen zur freien Debatte gestellt würden.

Die Arbeiterpartei Danzigs muß sich nach dieser Stellungnahme der liberalen Lehrerschaft darüber klar sein, daß der Kampf gegen ihre Partei von dieser Seite noch nachdrücklicher geführt werden muß. Deshalb muß jeder Arbeitervater und jede Arbeitermutter ihre Kinder so früh wie möglich der proletarischen Jugendbewegung angliedern. Nur dann ist die Garantie geschaffen, daß ihnen ihre Kinder nicht geistig geraubt und zu Ruckern und Hurrakanaiilen gepreßt werden.

Städtisches.

In der Stadtverordnetenversammlung am 23. Januar wurde der Vorsteher, Justizrat Keruth, wiedergewählt. Es hat ihm also bei seinen Klassenossen nichts geschadet, daß er die Sozialdemokratie beweislos der Verleumdung beschuldigte und sich darauf gefallen ließ, daß dieser Vorwurf gegen ihn selbst erhoben wurde. Stellvertretende Vorstehende wurden Münsterberg und der Hausagrarführer Bauer, Schriftführer Fuchs und Ordner Rabe und Brumfo.

Dann folgten eine Anzahl Wahlen für Bezirks- und Armenvorsteher usw., bei denen die Gleichheit der Bürger und Bürgerinnen so geachtet wurde, daß nur solche von Besitz würdig befunden wurden. Für einen Anbau an die Armenanstalt in Pelouken bewilligte die Sitzung 14 000 Mark. Des Stadtrat Claahen gestattete einen bezugnehmenden Einblick in dieses Armenparadies, als er schilberte, wie bitter not der Ausbau war. Trohdem meldete sich niemand zum Wort!

Ein 1507 qm. großes Grundstück zwischen Jäschentaler Wald und dem Steffenswege wurde dem Kaufmann F. Blagemann für nur 8 — acht — Mark pro Quadratmeter verkauft. Eine dem Oltwaertor-Lagerei gehörige Parzelle des sogenannten Ohraischen Hofes von 6130 Quadratmeter wird für 8300 Mark an Schmiedemeister E. Wagner zu Ohra abgetreten. Die Gemeinde Bröfen erhält für die Jahre 1907—11 an Zuschüssen für Schul- und Polizeizwecke 6918 Mark. 200 Mark bewilligte die Stadtverordneten-Versammlung zur Beschaffung von 3000 Exemplaren einer Schrift zur Verherrlichung des alten Fritz. Gesehlich dürfen die Stadtverordneten Aufwendungen für politische Zwecke nicht machen. Da die Stadt aber kein Geld zur Abgabe unentgeltlicher Vermittel für arme Schulkinder übrig hat, so muß man sich eben auf diese Weise helfen.

Die Gemeinde Stuthof erhält dann 400 Mark zur Straßenspflasterung.

Dem gemeinnützigen Verein für Kunst und Naturpflege in Neufahrwasser wurde das frühere Rektorzimmer der Bezirksschule zur Einrichtung einer Leihhalle überlassen. Weiter werden 168 Mark Heizungs- und Beleuchtungskosten von der Stadt übernommen.

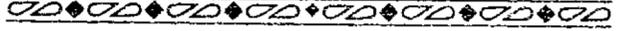
Das Pfarrhaus in Emaus wurde an die städtische Kanalisation, sowie Wasser- und Gasleitung auf Grund einer Vereinbarung mit der Kirchengemeinde angeschlossen. Es erfolgten schließlich die Entlastung von Jahresrechnungen aus 1907—09. Da die Stadtverordnetenwahlen wieder näher rücken, entdeckte der schwarzblaue Befehrdt, daß die Prüfung reichlich spät erfolge. Die Deklaration erfolgte aber sofort brüderlich einmütig.

Der Mittelschullehrer D. Moritz wird mit 3378 Mark, der Kammerwärters-Kassierer Haegmann mit 3225 Mark und der Magistrats-Bureauassistent Radtke mit 2565 Mark jährlich pensioniert.



Aufforderung! Der dem Namen nach unbekanntere, während der Versammlung am Sonntag im Cafe Alt-Weinberg die Bezahlung des Automobils für den Reichstagskandidaten Markwald bewirkte, wird zwecks Rücksprache um seine Adresse gebeten.

Eugen Sellin, Dominikswall 8, Hof 1.



Genossenschaftsbewegung.

Der Konsumverein als Helfer in Tripolis. Das Genossenschaftliche Volksblatt der Schweiz berichtet aus Mailand, daß die Unione cooperativa von der italienischen Regierung gebeten worden sei, im neuerobersten Tripolis eine Filiale zu errichten, damit den wuchernden Freistreiberen ein Ziel gesetzt werde. Die Regierung wüßte die Bedenken der Verwaltung der italienischen Großhandels-gesellschaft zu zerstreuen. Herr ... der Leiter und Gründer der Unione cooperativa, wird sich nach Tripolis begeben, um die Gelegenheit an Ort und Stelle zu studieren. Vielleicht entzieht auch in der Umgebung von Tripolis eine genossenschaftliche Gartenstadt, wie sie Mailand besitzt. Sicherlich wird es der Genossenschaftsbewegung weit eher gelingen, die eingeborene Bevölkerung für sich zu gewinnen, als der Gewehren und Kanonen der Invasionsarmee.

Oscar Bieber

6 Juwelier, Danzig, **6**

Goldschmiedegasse

Grosses Lager moderner Gold-, Silber- und Altendwaren. Grosses Uhrenlager.

Atelier für Neuarbeiten und Reparatur.

Ed. Michaelsons Ww. Neufahrwasser Olivaerstr. 66 kauft man Schuhe und Stiefel jeder Art am billigsten und besten

Herren-Confection

15% Rabatt 15%
auf Paletots und Ulster.

Leder-Joppen, warm gefüttert von 5,25 M an
Sport- und Paiz-Joppen in großer Auswahl
Jackett-Anzüge, mod. Stoffe von 12,50 M an
Jackett-Anzüge, ein- und zweifach
Ersatz für Maß von 23,50 M an
Behrock-Anzüge von 22,50 M an
Herren-Stoffhosen von 1,95 M an
Jünglings-Anzüge von 6,75 M an
Knaben-Anzüge und Pyjacks sehr billig

Berufsbekleidung.
Herren-Artikel.
Großes Stofflager zur Maßanfertigung.

10 Goldene 10
Danzig, Breitgasse 10.

Allen voraus

sind unsere Fabrikate in Paßform und Haltbarkeit bei konkurrenzlos billigen Einheitspreisen.

Jedes Paar Herren- oder Damenstiefel
Spezialmarke

6⁷⁵ Mk.

„TURUL“ SCHUHFABRIK A.-G.
Alfred Fränkel Com.-Ges.

120 eigene Filialen.

Verkaufsstelle:
Danzig, Langgasse 82.

In Lührings
Restaurant zur Erholung
Langfuhr, Michaelsweg 39
Sonntag, 26. Januar
Erste große Bockbier-Fest
Das Komitee.

Zentral-Krankenkaße der Maurer usw.
Am Sonntag, den 24. Januar 1912, nachmittags 3 Uhr
Lokal der Neuen Schützen-Verdammung
Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes
2. Bericht des Kassierers
3. Bericht des Schriftführers
4. Kassenergebnis
Die Ortsverwaltung.

Krankenkaße (E. H.) und Sterbekasse
der Bauhandwerker zu Danzig.
Mittwoch, den 31. Januar 1912, abends 7 Uhr, Fischergasse 30
**Ordentliche
General-Versammlung.**
Tagesordnung:
1. Bericht des Kassierers
2. Bericht des Schriftführers
3. Bericht des Vorstandes
4. Kassenergebnis
Der Vorstand.

Uhren
in Danzig, Olivaerstr. 66
S. Lewy Nigr.

Uhren
S. Lewy Nigr.

Wenden Sie nicht Ihre freie Zeit!

Sprech-Maschinen
Fahrrädern
A. Hein
Breitgasse 115.

Kredit Möbel
Herren- u. Damen-
Sardarose
Blumenreich

Blumenreich
DANZIG
Breitgasse 16

Ich
Volkswacht-
Abonnent
berücksichtige
Volkswacht-
Inserenten.

Kolonialwarengeschäft
E. Warkentin
Schüsseldamm 24
Hausfrauen.

Central-Theater
Elbing, Brückstr. 15
Neues Programm
Darunter
Neu! Neu!

**Der Leidensweg
einer Frau**
Großes Drama aus dem Leben
Spielzeit ca. 1 Stunde.
Außerdem:
4 Dramen, 6 Humoresken.
Das muss man sehen
Die Direktion.

Frei
steht jeden
Abonnenten der
Volkswacht
pro Monat ein
zweifaches
Inserat

Empfehle
fr. Fleisch- u. Wurstwaren
Rind-Schmorbraten Pfd. 80 Pf.
Rindfleisch z. S. Pfd. 70 u. 80 ..
Schweinefleisch Pfd. 65 ..
Schweine-Karbonade .. 80 ..
I. Sorte Wurst .. 70 ..
II. Sorte Wurst .. 60 ..
I. Sorte, unter Garantie,
Schmalz Pfd. 90 ..
II. Sorte Schmalz .. 75 ..
Artur Stetzelberg,
Fleischermeister
Langfuhr, Brunshöferweg 22.

Regenschirme, Stöcke,
Krawatten, Handschuhe,
Hüte, Mützen, Lederwaren,
Wäsche, Trikotagen
sowie sämtliche
Berufs-Kleidung
empfehle zu billig. Preisen
in nur reellen Qualitäten
E. Hirsch
Altstadt, Graben 78
u. Schmiedegasse 7.

Arbeiter-Jugend, Danzig
Sonntag, d. 28. Jan., nachm. 4 Uhr
Versammlung. Erschein. jed.
Abonnenten ist dringend nötig.
Der Vertrauensmann.
J. Frau Witt, u. Stell. J. Wajda,
u. Reinhold, Braunk 18, 2. T. l.
2 Zimmerwohnungen vom 1. 4.
zu vermieten. Näheres Stifts-
winkel 5, 2. Tr.
M. Schielau, Friseur,
Häkerg. 13.
Tafelzucht mit Kapsel verloren.
Abzugeben Laental 18 I, Markt.

Elbing.
Schuhwaren
des Spezialschuhgebiets von
Geschw. Salinger
ELBING, Alter Markt 27
bestehen sich aus durch Haltbarkeit, Billigkeit
u. gute Passform. Unser Schuhwerk
größerer Umsatz, stetig Nachfrage,
u. aufmerksamem Geschäftsbetrieb.

Manufakturwaren — Herren- und Damen-Konfektion
Sämtliche Arbeiterbekleidung empfiehlt zu staunend billigen Preisen **Max Rohde** Neufahrwasser 46 Olivaerstrasse 46

Aus Westpreußen.

An die Parteigenossen in den Landgemeinden.

Zu den bevorstehenden Gemeindevahlen,

Wie in zahlreichen Landgemeinden im März dieses Jahres stattfinden, sind unverzüglich die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Es ist zunächst Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, sich davon zu überzeugen, ob er auch in der Wählerliste steht.

Wer nicht in die Liste eingetragen ist, darf nicht wählen. Es erhellt hieraus, daß die Einsichtnahme in die Wählerliste eine sehr dringende Pflicht eines jeden Wahlberechtigten ist. Ist jemand verhindert, sich selbst davon zu überzeugen, ob er in der Liste steht, so wende er sich vertrauensvoll an einen Parteigenossen und beauftrage diesen nach Aushändigung einer Legitimation mit der Einsichtnahme in die Liste.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher

1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist;
2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt;
3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat,
4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt;
5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt oder von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbeitrag von mindestens 3 Mark an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 Mark herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Kleinsteckende Zimmermieter sind wahlberechtigt, Schlafburtschen ist aber das Wahlrecht abgesprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindevahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuze zu sein braucht.

Die Listen liegen nur noch bis zum 30. Januar bei den Gemeindevorstehern aus. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Wählerliste gebe man unter Vorbringung der Steuerquittung sofort zu Protokoll.

Sichere sich jeder sein Wahlrecht durch die Einsichtnahme in die Gemeindevahlertliste.

Parteigenossen! Bereitet nach den tapfer durchgeführten Schlachten der Reichstagswahl neue Erfolge bei den Gemeindevahlen vor!

Danzig.

Bereichert Euch! An dieses Wort des französischen Bürgerkönigs Louis Philipp erinnert eine Studie, die wir in der Königsberger Volkszeitung finden. Unter der Überschrift: Das ostpreussische Getreide aus Ausland verkauft, schreibt unser Bruderblatt:

Ostpreußen hatte im vergangenen Jahre eine ausgezeichnete Getreideernte. Das Getreide ist aber zum größten Teil nicht im Deutschen Reich geblieben, sondern, da es auf die Ausfuhr von Roggen, Hafer, Gerste, Weizen usw. Prämien gibt, nach dem Auslande verfrachtet worden. Der ausländische Konsument kauft auf diese Weise das deutsche Getreide viel billiger, als der inländische. Wie die Blätter melden, war die Königsberger Getreideausfuhr über See im Jahre 1911 die größte, die bisher überhaupt zu verzeichnen gewesen ist. Im ganzen wurden 1911 ausgeführt 459 000 Tonnen, 29 000 Tonnen mehr als im Vorjahre. Die Zunahme der Ausfuhr entfällt nicht nur auf die größere russische Zufuhr, sondern auch auf eine bessere Ernte in Ostpreußen, deren Zufuhr nach Königsberg mehr als die Hälfte der russischen ausmachte. Um meisten ausgeführt wurde Hafer, nämlich 131 000 Tonnen, dann 121 000 Tonnen Roggen, der größtenteils aus Ostpreußen stammt, und 57 000 Tonnen Erbsen, die über See von Rußland eingeführt wurden. Der Gesamtwert dieser Ausfuhr beträgt etwa 85 Millionen Mark, das ist mehr als die Hälfte des Gesamtausfuhrwerts über See. Zum Vergleiche sei erwähnt, daß von Danzig 1910 rund 353 000 Tonnen Getreide im Wert von etwa 65 Millionen Mark ausgeführt sind. Von Königsberg ging das meiste Getreide, abgesehen von deutschen Häfen, nach England (ca. 100 000 Tonnen), Schweden, Holland und Norwegen!!!

Das ist einzig und allein auf die gemeingefährlichen Einflußnahme zurückzuführen, für die Junker und freisinnige Börsenmänner schwärmen, weil mit ihrer Hilfe der Brotesseer noch mehr geschröpft werden kann.

Was für Ostpreußen gilt, trifft genau so auch für Westpreußen zu. Auch hier schafft man das Getreide ins Ausland. Und das beste Vieh und die größten Fische kommen nach Berlin, weil sie dort mehr Geld bringen. Die kapitalistische Gesellschaft erzeugt Getreide und Vieh nicht, damit die Menschen Nahrung finden. In der heutigen Gesellschaft ist alles Ware geworden. Um ihn zu verkaufen und daran zu verdienen, baut der Kapitalist den Roggen an und füttert den Stier fett. Selbst ihm eine Möglichkeit, recht viel zu profitieren; und er schlägt die Nahrungsmittel zu den Eskimos und den Papuas, obwohl die eigenen Landsleute hungern. Die kapitalistische Gesellschaft erzeugt eben die Güter, um sich an ihnen zu bereichern. Die sozialistische will die Produktion für den Gebrauch. Der Kapitalist wird aber nie begreifen, daß die letztere Wirtschaftsform höher steht als die heute geltende. Für ihn dreht sich alles um das Geld. Gleichgültig, ob konföderativ oder liberal, ob Junker oder Kaufmann; darin sind alle gleich. Und bekannt ist ja auch, daß der Danziger Liberalismus zu den wichtigsten Vertretern der Einflußnahme gehört. Zwei Prozent Diskont und das Kollonement — was kümmert ihn da die Notlage des Volkes?

Weinhausen als Reichsverbändler. Mit der perfiden Terrorismus-Denunziation begana die Partei der Börsenmillionäre ihren Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie. Und auf einem ähnlich tiefen Niveau politischer „sachlicher“ Verleumdung wurde er bis ans Ende geführt. Trotz der Bedeutung seiner Degradierung des Freiworts, daß ihm der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in der Stichwahl zu Hilfe kam und er sich diese gefallen ließ. Dieser Umständung geben wir auch in unserem Bericht über die Reichsverbändlerische Aktion Ausdruck. Heute bedauern wir, uns nicht zu haben, inwieweit hat nämlich kein Gerüchtere als Weinhausen selbst den Nachweis geliefert, daß zwischen ihm und dem Reichs-

verbändler kein sachlicher, sondern höchstens nur noch ein formeller Unterschied besteht. Am 19. Januar hielten die Freisinnigen im Schützenhause hinter wohlverschlossenen Türen ihren Stichwahlkampf ab. Bis 8 Uhr war der Zutritt nur gegen Einlaßkarten gestattet. Nach einer byzantinisch-schwulstigen Einleitung durch den kommerzienrat Münsterberg schlug ein Kriegervereinshoch. Dann kühlte Weinhausen sein Mütchen an der historischen roten Fahne Danzigs. Uns soll es nicht wundern, wenn diese Freisinnigen, die politisch nichts anderes als das Hofgesinde des Kronprinzen sein wollen, bei der nächsten Gelegenheit im Rathaus die Abschaffung des roten Banners des selbstbewußten Bürgertums und seinen Ersatz durch den schmutzfarbigen Geldsack fordern. Für den Inhalt dieser Rede, die in der Hauptsache ein würdeloses Gewinsel um die Stimme der Schwarzblauen war, stimmt voll und ganz die Charakteristik, die Genosse Haase in unserer Volksversammlung am 21. Januar über sie fällt, als er erklärte: Er habe sich in die Seele Weinhausens hinein geschämt, als er dessen Rede las! So borniert verständnislos hat noch nicht einmal der versteinerte Nauchsternmann Eugen Richter die Sozialdemokratie bekämpft, als dieser einst nationalsoziale Weinhausen sie heruntertrieb. Tausende von Kindern hungern auch in Danzig, das Wohnungs-elend übersteigt alles Maß. Weinhausen sieht das alles und vieles anderes nicht. Er klagt dafür im Interesse seiner millionenreichen Auftraggeber die Sozialdemokratie an, die Vergiftung des Volkslebens herbeigeführt zu haben, indem sie die Unternehmer als die den Arbeitern feindliche ausbeutende Klasse charakterisiert. Kaum war diese Klage über seine zartfühlenden Lippen, da übertrumpfte er sogar den Reichsverbands-Generalsekretär Laube. So wie Weinhausen nie ein Wort gegen das Elend hungernder Kinder und das entsetzliche Massen-Wohnungs-elend Danzigs sprach, so hat er sich niemals gegen den liberalen Terrorismus gewendet, der die Sozialdemokratie von der Benutzung aller Säle in der Stadt ausschließt. Nach seinen Begriffen von Borntheit und Sachlichkeit ist das durchaus liberal und selbstverständlich. Wie hat dieser Mann die Aushungerung der Bauarbeiterschaft durch die Baulöwen auch nur mit einem Wort gerügt. Sonst hätte er ja auch nicht die Vergiftung unseres harmonischen Volkslebens durch die wüß hegende Sozialdemokratie beklagen können. Nicht ein Wort hat er gegen die zwanzig Wochen lange Aushungerung der Schichtarbeiter gefunden. Diesen Terrorismus des Kapitalismus findet der Kandidat der Börsenmillionäre ganz in der Ordnung! Seine sittliche Entrüstung loht dafür nach ganz anderer Richtung. Kaum hatte er die Vergiftung des Volkslebens durch die Sozialdemokratie bedauert, so leistete er sich diese nur noch perfide gehässige Denunziation:

„Gehen Sie hinein in die Fabriksäle und Werkstätten, fragen Sie die Arbeiter und Unternehmer, und überall wird Ihnen daselbe Klagefeld entgegenkommen: Die rücksichtslosesten aller Arbeiter sind die Sozialdemokraten.“

Diese Entwürdigung zum Terrorismus darf nicht stillschweigend geduldet, sondern sie muß mit derselben Rücksichtslosigkeit, mit der sie ins Kraut schießt, bekämpft werden.“

Gegenüber dieser maßlosen Hege im Interesse der Zucht-hausgeheißfabrikanten war der schwarzblaue Dentler der ehrlichere Mann. Er sagte rund heraus, was er wollte. Die Schleichwege des kommerzienrätlichen „Sozialpolitikers“ lehnte er als seiner unwürdig ab. Mit seiner heimatlichen Terrorismus-hege hat sich der Kandidat der Gehamtenbedürkerung, der den kommerzienrätlich gefüllten Geldschrank hütet, als der skrupellose Feind der gesamten und speziell der organisierten Danziger Arbeiterschaft entlarvt. Ein würdiger Volksvertreter, der durch diese ungeheuerliche Denunziation die Unternehmer geradezu aufreizte, organisierte und sozialdemokratische Arbeiter noch mehr als bisher auszuhungern! Er hat es herrlich weit gebracht. Dieser selbe Weinhausen sollte nach dem kläglichsten Zusammenbruch des Nationalsozialismus gar nicht in den Börsenkreislauf aufgenommen werden, weil er zu — radikal und zu stürmisch sozialstrebend war! Er hat gründlich Buße getan. Ihm werden noch immer nicht genug aufrechte und charakterfeste Arbeiter durch die kapitalistische Hungerkralche zu Boden geschlagen. Deshalb macht er den Zutreiber der Zucht-hausknechtschaft.

Jeder Tag muß ausgehütet werden, um Vergeltung an dem Manne zu üben, der es wagte, seine reichsverbändlerische Kriegserklärung der gesamten vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft ins Gesicht zu schleudern.

Das künftige Krematorium.

Der Magistrat richtete an die Stadtverordneten-Versammlung nachstehenden Antrag:

1. sich mit der Errichtung einer Feuerbestattungsanlage in Danzig im Prinzip einverstanden zu erklären,
2. die Einzelheiten mit uns in einer gerichtlichsten Kommission, bestehend aus 3 Magistratsmitgliedern und 6 von der Stadtverordnetenversammlung zu wählenden Personen zu beraten.

Die Anlage soll mit einem Kostenaufwand von 159 000 Mk. in Langfuhr am St. Michaelswege errichtet werden. Ueber die Art der Ausführung teilt der Magistrat mit:

Das Gelände wird als öffentliche Parkanlage hergerichtet. Auf dem jetzt unfruchtbaren, sandigen Boden sollen kleine Kiesern gepflanzt und Grasnarbe gesät werden. Für Friedhofszwecke wird zunächst nur ein kleiner Teil angelegt.

Nach dem Borentwurf ist das Gebäude an das Ende einer großen Allee, die in ihrem Winkel vom Michaelsweg abzweigt, auf die tiefere Stelle des Grundstücks gerückt worden, jedoch er etwa 50 m von der Straße entfernt liegt. Dadurch kommt er zugleich ungefähr auf dem höchsten Punkte zu stehen und tritt gegenüber der Umgebung statlich in die Erscheinung.

Den Hauptzugang zum Krematorium für die Trauer- versammlung bildet die durch die Parkanlagen führende Allee und vor in ihrer Verlängerung gepflanzte Weg über den Friedhof. Ein zweiter Nebeneingang für die von Langfuhr kommenden mündet seitlich in die Allee ein. Ein dritter Zugang mit der Zufahrtstraße befindet sich zwischen Fri- Hof und Nachbargrundstück. Dieser Fahrweg endet auf dem Hof des Krematoriums. Er dient zunächst als Zufahrtsweg für die Leichen, auch sollen auf ihm die Angehörigen der Verstorbenen in die Trauerhalle gelangen. Außerdem soll er den Verkehr nach den Geschäftszimmern des Krematoriums vermitteln und für Wirtschaftszwecke gebraucht werden.

Gegenüber dem Haupteingang des Friedhofs befindet sich das Verbrennungshaus. Es enthält, entsprechend den Ausführungsbestimmungen zum Feuerbestattungsgesetz vom 29. September 1911, im Erdgeschoß:

Eine Halle zur Abhaltung der Trauerfeierlichkeiten mit Verlenkungsnische, die mit der Vorhalle zusammen etwa

300 Personen faßt, einen Raum für den Bestlichen und einen für die Angehörigen; im Untergeschoße, das mit dem Hof fast auf gleicher Höhe liegt:

Den Verbrennungsraum mit dem Raum für zwei Verbrennungsöfen, von denen zunächst nur einer eingebaut werden soll, und tieferliegenden Kofhlenraum, einen Auf- enthaltsraum für Leichenräger und sonstige Bedienungsmannschaften, eine Werkstat, einen Raum, in welchem das Einbringen der Aschreste in die gemäß § 6 des Gesetzes bereitzuhaltenden Behälter sowie das vorchriftsmäßige Verschließen der Behälter vorgenommen werden, auch die ein- stweilige Aufbewahrung der an anderen Orten beizuziehenden Aschreste erfolgen kann, ferner einen Raum für die Führung der Bureaugeschäfte, insbesondere des Einäscherungsregisters.

An das Verbrennungshaus schließen sich zwei Flügel als Hallen zum Aufstellen der Urnen an. Unter dem rechten Flügel in Höhe des Wirtschaftshofes befindet sich das Leichen- haus. Es besteht aus vier Zellen von je 8,75 qm Grund- fläche, einer Zelle für Tote, die an einer ansteckenden Krank- heit verstorben sind, einem Sezierraum, dessen Anlage und Ausstattung den Anforderungen der Wissenschaft und Technik entspricht, und einem Raum für den Arzt.

Das ganze Gebäude soll mit einer Zentralheizung versehen werden. Sollte die Treittreppe zum Haupteingang wegen ihrer der Bitterung ausgesetzten Lage im Winter etwa schlecht begehbar sein, dann können auch die zwei Nebentreppen zu beiden Seiten des Eingangs benutzt werden, um in die Trauerhalle zu gelangen.

Zur Ueberwachung des Friedhofs und des Zufahrtsweges zum Krematorium ist ein Wohngebäude für den Aufsichts- beamten geplant. Außerdem ist eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen vorgesehen worden.

Der Friedhof selbst ist so projektiert, daß sich in der Mitte ein Erbrersfeld für Einzelgräber befindet, und daß sich längs der beiderseitigen Einfriedigungen Erbbegräbnisse hin- ziehen.

Der Park soll keinen Zaun, sondern nur ein niedriges Schutzgitter erhalten. Der Friedhof wird mit einer vorschritts- mäßigen Einzäunung versehen werden. Dort, wo die große Allee von den Anlagen in den Friedhof übergeht, befindet sich das Eingangsportale.

Der Gebührentarif würde sich nach dem Magistratsentwurf wie folgt stellen:

„ für Benutzung der Leichenkammer	5 Mk.
„ „ „ des Sezierraumes	10 „
„ „ „ Ueberfarges	5 „
„ „ „ Uebel	5 „
„ Stellung von Altar- und Lichterschmuck	15 „
„ die Einäscherung von einheimischen Verstorbenen	40 „
„ „ „ auswärtigen	65 „
„ die Aufbewahrung von Aschresten von 2 Wochen nach der Einäscherung bis zum Ablauf von 3 Monaten	5 „
„ jedes weitere Vierteljahr	10 „
„ die Beisetzung im Urnenhaine und Ueberlassung eines Platzes bis zur Größe von 2 qm auf 25 Jahre	20 „
„ jede Jahroergrößerung bis zu je 2 qm mehr weitere	20 „
„ Ueberlassung eines Platzes auf die Dauer der Feuerbestattungsanlage das Befürsorge des ein- fachen Preises,	50 „
„ Beisetzung in der Urnenhalle für jede Urne	50 „

Für die Benutzung der Trauerhalle, für die Hergeabe des Aschenbehälters, für Bestattung der Aufstellung von Urnen und Denkmälern, sowie für die Arbeiten, welche mit der Einäscherung und Beisetzung verbunden sind, werden besondere Gebühren nicht erhoben.

Bei besonderen Leistungen, welche die Verwaltung auf Wunsch übernimmt: Versorgung von Fuhrwerk zum Trans- port der Verstorbenen und ihrer Angehörigen, Gewinnung eines Predigers für die Trauerfeier, Bestattung von Pflanzens- schmuck für die Trauerhalle, Annahme eines Orgelpieters oder Engagement von Sängern für die Trauerfeier und dgl., sowie für die Ausschmückung des Grabes, Beschaffung von Urnen usw. werden die Selbstkosten mit einem Aufschlage von 10 Proz. in Ansatz gebracht.

Die Annahme von Trinkgeldern ist dem Personal der Feuerbestattungsanlage verboten.

Sehr viel teurer als das Begraben ist das Verbrennen also nicht. Zur Verwirklichung des Projekts ist die Annahme durch eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stadt- verordneten nötig. Hoffentlich erfolgt diese.

Vom alten Fröhen erzählten die bürgerlichen Blätter aus Anlaß seines zweihundertjährigen Geburtstages allerlei rühr- same Geschichten. Das Thema war gerade doppelt in den Tagen der roten Sturmflut als Verlegenheitsstoff doppelt willkommen. Wir bedauern von Herzen unsere Vaterlandslosigkeit, die Schuld trägt, daß wir die von den Geschichtslehren eingepaukten Daten höhenzöllernscher Hausherrlichkeit so schnell vergaßen. Sonst wäre der Geburtstag des alten Fröhen auch von der Volks- wacht mit dem gebührenden Respekt gewürdigt. Wir wollen aber versuchen, in einer der nächsten Nummern das nachzuholen.

Am 27. Januar sind die städtischen Büros und Kassen ge- schlossen.

Ebing.

Die Ebingger Sozialdemokratie — in einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung noch einmal Stellung zur Stichwahlparole. Wenn auch die Schlacht, zu der Zeit, wo diese Zeiten in die Hände unserer Verler gelangen, schon entschieden ist, so verliert der Verkauf der Versammlung dadurch keineswegs an Interesse und Bedeutung. Nachdem in der Volksversammlung in der die Parole der Sozialdemokratie: Stimmenthaltung vor den Wählern: begründet wurde, Genosse Rudnicki für das „kleinere Liebel Schröder“ eingetreten war, hauierten die „Vaterländischen“ öffentlich damit, daß „sogar ein erprobter sozialdemokratischer Gemeindeführer“ für den freikonservativen Kandidaten der Stroh-Riese-Partei wirke. Die Absicht, Verwirrung und Demoralisation in die Reihen unserer Genossen zu tragen, war unent- fernbar. Da kam es für die Parteileitung von Ebing-Darüber zu hören, ob sie im Interesse der Partei ihre Pflicht getan oder nicht.

Die männlichen und weiblichen Mitglieder der Ebingger Sozial- demokratie waren denn auch so zahlreich erschienen, daß die Ver- sammlung in den großen Saal des Vereinsgartens verlegt werden mußte. Der Zweck, Klarheit um jeden Preis zu schaffen, wurde voll erreicht.

Genosse Hermann Schulz, als Vorsitzender der Wahlkreisorganisation für Ebling-Marienburg, hielt das einleitende Referat. Nach einem allgemeinen Überblick über den bisherigen Verlauf der deutschen Sozialdemokratie, gab der Redner eine eingehende Darstellung über die Gründe, die zur bekannten Stichwahlparole führten. Er wies weiter nach, daß die Parteileitung so, wie geschieden, handeln mußte, weil die Verhältnisse das gebieterisch verlangten. Dann sprach Genosse Schulz die politische Moral mit dem doppelten Boden fest, welche von den „Vaterländischen“ Anhängern und Sozialdemokraten werden mit „vaterländischen“ Anhängern und Sozialdemokraten gerade überhäuft und darin als „Arbeitergenossen“ (1) angeprochen. Unter einem „vaterländischen“ Arbeiter finden sich hauptsächlich Arbeiterunterstützer. Es handelt sich hier um Arbeiter, die oft (natürlich) ihren Namen mißbrauchen lassen müssen, wollen sie nicht mitten im kalten Winter mit Weib und Kind die Hungerkämpfe kosten. Und dieselben Herren, die sich so sehr in die Haare nehmen, und damit an den abhängigen Arbeitern vergehen, besitzen die Stimme, aber sozialdemokratische Gewalt Herrschaft zu haben und nach Sachverhältnissen gehen die modernen Arbeiterorganisationen zu über. Wer geht zur Schreiber eintritt, wird von den „Vaterländischen“ als verdorben (Gewerkschaftsführer) geachtet. Wer dagegen nachrichtlich und konsequent die Arbeiterklasse führt, wird als gewöhnlicher armer handwerklicher Arbeiter der den Arbeitern des Reiches die Hand reicht, beschimpft. Welche verächtlichen Dämonen die „Vaterländischen“ besitzen um in ihrer Partei Arbeiter gegeneinander auszuspielen, dafür ein Beispiel: Die Arbeiter des Reiches (Schweizer) haben sich von einem „Schweizerarbeiter“ (1) abgetrennt. Ich werde fortgesetzt berichten. Eine Partei, die den von unsem Brüdern (1) beauftragten Kandidaten mit allen Mitteln beschimpft, beschimpft auch uns Arbeiter. Ich will es hier nicht sagen und nicht wiederholen. Ich habe schon Schreier gesehen, während die Gewerkschaften mühsam werden, um die „Schweizer“ beizubringen. Aber den Arbeitern höhere Achtung zu tun, ist ein Verbrechen an menschlicher Würde. Ich ertrage nicht, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter, die sich um die Partei der Arbeiter und Arbeiterinnen kümmern, nicht zu leben.

Diese Partei, die den von unsem Brüdern (1) beauftragten Kandidaten mit allen Mitteln beschimpft, beschimpft auch uns Arbeiter. Ich will es hier nicht sagen und nicht wiederholen. Ich habe schon Schreier gesehen, während die Gewerkschaften mühsam werden, um die „Schweizer“ beizubringen. Aber den Arbeitern höhere Achtung zu tun, ist ein Verbrechen an menschlicher Würde. Ich ertrage nicht, daß die Sozialdemokratie die Arbeiter, die sich um die Partei der Arbeiter und Arbeiterinnen kümmern, nicht zu leben.

Genosse Schulz sprach weiter über die Verteilung in dem Wahlkreis. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

aufhörliche Arbeit, nie rastender Kampf, müssen die Wege zur endgültigen Befreiung aller Volksknechte ebnen.

In Ebling-Marienburg ist Stimmhaltung zu üben, weil nur zwei wählbare Kandidaten in Betracht kommen. Keinen sollen Frieden, sondern Krieg, bis wir die rote Siegesfahne aus eigener Kraft in unserem Wahlkreis hissen können.

Genosse Nowak trat ebenfalls mit Wucht und Entschiedenheit für Stimmhaltung ein. Sozialdemokraten aus Überzeugung leisten niemals dem Kapitalismus Judasdienst.

Wie „Vaterländische“ einen Sozialdemokraten zum Judas machen wollten. Der Kassierer unserer Parteiorganisation, Genosse Nowak erhielt am 18. d. Mts. folgende Postkarte:

Zumerrast Herr Nowak
Marienburg bei Marienburg
den 18. Januar 1912.

Mitd auch sehr freuen, wenn Sie baldmöglichst zu mir kommen würde, da ich etwas mit Ihnen sprechen möchte.

So schiedend
G. Blumenthal, Birkgasse, Ecke Junkergasse.

Genosse Nowak folgte der Aufforderung, um zu erfahren, was der Herr Blumenthal von ihm wolle. Bei ihm angekommen, sah er sich außer dem Herrn Blumenthal einem einzigen Steuerkontrollanten und einem dritten Herrn gegenüber. Nachdem die Herren dem Genossen Nowak hier und da ein Angebot hatten, schied Blumenthal mit dem Herrn Nowak heraus. Nowak möge im Stichwahlkampf für den Sozialdemokraten tätig sein; er werde dafür 100 Mark erhalten. Die Lachzeit Nowaks sollte im Kreis Marienburg nicht zu sehen sein. Die Herren wollten unserem Genossen die Hand geben und seine Hände tragen. Das Anerbieten war jedoch für Nowak arbeitslos. Dennoch schwankte er in der Rücksicht, sondern antwortete den Herren, er sei für den Judasdienst nicht zu haben. Er sei mit Leib und Seele Sozialdemokrat und da verkaufe er seine Heberzeugung nicht für Geld. In Bohme habe im Reichstagswahlkampf mit einigen Werten erkauft, im Falle einer Stichwahl werden die Sozialdemokraten in die Danksagung einreden. Damals sprach der Herr Blumenthal, du kommst doch nicht verlangen, daß die Sozialdemokraten, an dem Spähe Professor werden, für einen Mann der zweiten Ordnung umkommen. Heute verlangen wir von einem Mann, der die Sozialdemokratie, er möge die Sozialdemokratie unterstützen.

Genosse Nowak sprach weiter über die Verteilung in dem Wahlkreis. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Über die Armenpflege in Groß-Bünder machen uns Genossen, die dort während der Wahlbewegung auf Agitation waren, Mitteilungen, die der Öffentlichkeit nicht vorzuzugabe bleiben dürfen. In der Gemeinde wohnte eine Familie Dobrick, die aus Armenmitteln Unterstützung erhielt. Am 8. November starb der Mann. Einen Monat später mußte die Witwe auf Anordnung des Gemeindevorstehers die Wohnung räumen und mit einem Ehepaare zusammenziehen. Beide Gatten sind Krüppel, der Mann stark bruchleidend. Alle Morgen muß die Witwe und ihre schulpflichtige Tochter mitgehen, wie der Mann seinen Bruch in die Wunde schaut. Mit Recht konstatiert unser Gewährsmann, daß eine größere Schamerscheu, wie sie hier durch die unzureichende Fürsorge der Gemeinde veranlaßt wird, kaum denkbar ist. Der Wohnraum ist zudem für vier Personen viel zu klein. Die Kartoffeln mußte die Witwe auf den Boden bringen. Dort sind sie ihr bei der starken Kälte der letzten Wochen samt und sonders erfroren. — Vor einiger Zeit besprachen wir ebenfalls einen Fall mangelnder Armenfürsorge in einem Dorfe der Danziger Niederung. Damals genügte die Veröffentlichung in der Volkswacht, um Abhilfe zu schaffen. Wir hoffen das Gleiche auch von diesen Zeiten und wünschen, daß uns eine Eingabe an den Landrat erspart bleibt.

Marienwerder.

Die Kache der Ordnungshelden. In dem Dorf Parapahren lebt ein kleiner Besitzer, der seit mehr als zehn Jahren Sozialdemokrat ist. Der betreffende Genosse ist nie öffentlich hervorgetreten. In der letzten Wahlbewegung gab er indessen seine Neigungen zu einer Versammlung her und sprach in einer freisinnigen Versammlung für die Sozialdemokratie. In Parapahren erhielt unser Kandidat 24 und in einem Nachbardorfe 11 Stimmen. Die Stützen des heutigen Unrechts trachten nun nach einer Gelegenheit, an dem Urheber dieses Unfortunes ihr Mäuschen zu kühlen. Das Grundstück unseres Freundes ist zu klein, seine Existenz ganz zu sichern und er suchte sich im Winter noch etwas Nebenverdienst zu suchen. Er tat das mit Langholzfahren für die Stuhmer Sägemühle. Dort hat man ihn nun von der weiteren Beschäftigung ausgeschlossen unter der Begründung, „er sei Mitglied des Vereins (d. h. der Soz. Partei) und da dürfe er nicht mehr fahren.“ So erneuert sich immer wieder das alte Spiel: Macht in irgend einem Dorf oder einer Stadt das arbeitende Volk von seinen ihm gesetzlich garantierten Rechten Gebrauch, flugs versuchen die Staatsräuber den „Führer“ wirtschaftlich zu ruinieren. Das Erkennen der Arbeiterbewegung setzte solchen Kellern indessen noch immer einen Damm. Auch die Ordnungshelden von Parapahren und Stuhm werden sich in das Spiel einmischen müssen, sozu sich vor ihnen schon größere Bequemten und die politische Mündigkeit des Proletariats in Kauf nehmen müssen.

Der Hunger. In der Bismarckstraße drangen Diebe in den Keller eines Kneipenbesizers ein und entwendeten größere Quantitäten Kartoffeln, Aepfel, Kohlen und auch eingemachte Früchte. Politische Nachforschungen blieben bisher ohne Resultat.

Eine Ueberschwemmung wurde durch einen Bruch des Wasserleitungsrohres im Kurzwarengeschäft von Coniger in der Marienburgerstraße verursacht. Der Vorgang ereignete sich in der Nacht und als das Personal am Morgen kam, stand das Wasser in verschiedenen Räumen bis zu 10 Zentimeter hoch. Der Schaden beträgt mehrere hundert Mark.

Graudenz.

Die Polen vor und nach der Hauptwahl. Wie die Polen vor und nach dem 12. Januar über den Klassenkampf dachten, möge folgende Gegenüberstellung zeigen.

rote Heiden. Bei jeder Reichstagswahl kommen auf unsere Polens, die voll Feindschaft und Haß erfüllt sind. So griffen sie (die Sozialisten, Red. d. V.) zu ihrer schmierigen Arbeit. Siehen die polnischen Arbeiter zum Klassenkampf und beschimpfen unsere Volksarbeit. Diese roten Aufwiegler reihen alles ranter was politisch ist und treten wie der lebendige Satan gegen unsere heilige Religion auf. Tausendmal sind ihre Vorwürfe schon widerlegt. Nichts ist die Ingriffe der roten Heiden nicht nur ärgerlich und schmerzhaft, sondern auch dumm. Wer die Dummheit in die Welt posant, die Polen sind mitleidig, daß Deutschland 10 Milliarden Schulden hat, dem können alle heiligen nicht helfen. Da gibt's keine Rettung vor der Dummheit.

Die Sozialisten... können nur Lachen und Ekel erregen. Der Satan heßt sie zu ihrem Tun. In Deutschland können sie sich nur aus Juden und Deutschen zusammen, aus Menschen, die gar keinen Glauben haben. Die Sozialisten, die darauf hinarbeiten, das Volk zu verdammen, muß man mit Abscheu von sich stoßen. Das tun richtige katholische Polen. (Gazeta Grudziaska.)

In dieser Weise geht es noch eine Weile. Das Flugblatt der polnischen Junker einzufangen. Erfreulicherweise scheiterte der plumpe Versuch.

Bergehen gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst führte den Bauunternehmer Michlik aus G. Toppas vor die Graudenzger Strafkammer. Der Herr baute ein Haus für sich und kam dabei mit seinem Polier in Differenzen, da die bei dem Bau verwendeten Materialien durchaus minderwertig waren. Die Folge war eine Revision durch einen Danziger Baugewerksmeister als Vertreter der Berufsgenossenschaft. Dieser stellte Mängel in der Beschaffenheit des Materials fest. Aber auch sonst muß es auf dem Bau lustig ausgefallen haben. Der Beiseilige schildert in dem Bericht über die Gerichtsverhandlung die Zustände in anschaulicher Weise:

Die Treppenanlagen und ersten Balkenanlagen unmittelbar an der Decke nach dem Treppentraum waren weder zugedeckt noch abgedeckt. Früher (der Danziger Baugewerksmeister) nahm nur ein Mädel zwei Troben vom Giebel und Gerüstloch, die er zur Unternehmung einrichtete. Der bald darauf von Danzig zur Revision erkrankte bautechnische Kassistenbeamte fand die Mängel vor und rief auch, daß die Kalkgrube nicht mit dem vorgeschriebenen Giebel umgeben war und die Unfallbestimmungen nicht ausgeführt waren. Die am Bau arbeitenden Maurer und Arbeiter fanden schlechten Lehm und Sand durcheinandergemengt; der Kalk war ebenfalls schlecht. Die Träger im Keller fehlten. Michlik wollte sie gar nicht hineinbauen, sondern die Mauerwände mit einer Betondecke versehen. Kurz vor der ersten Revision durch Michlik hatte der Angeklagte die Träger im Keller anbringen lassen.

Danzig-Land.

Die ne Dörfler wählen. Über den Verlauf der Reichstagswahl in Danzig-Land. Die Danziger Arbeiter, schreibt uns ein Freund unserer Sache aus dem Wahlkreis, ist das, was am Sonntag hier vorgefiel. Der Reichstagskandidat Eduard Dahl vernahm keine Lust, die Sozialdemokraten wählen zu lassen. Wer das nicht will, er wolle an die Arbeit gehen. Um halb elf Uhr erschienen er mit seinen Begleitern nach dem Reichstagswahlkreis. Auf der Straße traf er den Arbeiter Dahl auf einen richtigen Bauern, der mit einem Jagdgewehr wurde, wollten sie jeder 10 Mark zum Reichstagswahlkreis spenden. Dahl waren doch ein paar Mark und die meiste Zeit, die reihen aus der Hand noch nicht. Die Wahl der Sozialdemokraten, die mit dem Gemeindevorsteher Johannes Dörmann und anderen Wählern aus Graudenz. Nun wurde tapfer gestritten und die Wahl der Sozialdemokraten. Die Wahl der Sozialdemokraten, die mit dem Gemeindevorsteher Johannes Dörmann und anderen Wählern aus Graudenz. Nun wurde tapfer gestritten und die Wahl der Sozialdemokraten.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Marienburg.

Die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen. Die Sozialdemokraten haben die besten Chancen, aber die Arbeiter müssen sich für die Verteilung einsetzen.

Der Sachverständige Stadtbaurat Dr. Korn schloß sich dem Gutachten des Baugewerksmeisters Fischer an. Die vorgeschriebenen Schutzmaßregeln waren nicht getroffen worden.

In seinem Strafantrage führte der Staatsanwalt aus: Der Angeklagte habe in gräßlichster Weise gegen die bestehenden Gesetze verstoßen. In Graubünden sei das Baugewerbe zu einem Spekulationsgewerbe geworden. Beamte und Bauherren spekulierten darauf, auf leichte und bequeme Weise zu Vermögen zu gelangen, auch die Bauhandwerker täten das. Das seien verwerfliche Zustände. Und nachdem der Herr Staatsanwalt also scharf und schneidig gesprochen, beantragte er — 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis. Das Gericht sanktionierte dieses Strafmaß und Herr Niehlske wird wohl oder übel mit den 300 Mark herausrücken müssen.

Thorn.

Die Stadt Thorn gegen die Ortszulage der Volksschullehrer. Rektor, Mittel- und Volksschullehrer richteten vor einiger Zeit an den Magistrat und die Stadtverordneten Besuche um Erhöhung ihrer Bezüge. Sie sind durch die Herabsetzung des Wohnungsgeldes, die im Frühjahr 1910 erfolgte, um 110 Mark jährlich gekürzt. Trotzdem bei der Verhandlung mehrere Stadtverordnete warm für den Wunsch der Lehrer eintraten, folgte die große Mehrheit den Ausführungen des Ersten Bürgermeisters und lehnte die Besuche ab. Nur das Anfangsgehalt eines Rektors wurde etwas erhöht.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilte der Vorsitzende zwei Dankschreiben mit. Das erste, aus dem Zivilkabinett Wilhelms des Zweiten lautet:

Berlin, den 6. Januar 1912.

Ihre Kaiserlichen und königlichen Majestäten, haben die mit Schreiben vom 19. v. Mts. seitens der Stadt Thorn ausgesprochenen Segenswünsche zum Jahreswechsel, sowie die für den Weihnachtsabend dargebrachten Gaben gern entgegenzunehmen geruht und lassen Allerhöchst — Ihren besten Dank hierdurch übermitteln. Eulenburg.

Das zweite hat folgenden Wortlaut:

Danzig Langfuhr, den 1. Januar.

Meinen und der Kronprinzessin besten Dank für den freundlichst überlieferten Kompliment und für die guten Neujahrswünsche. Wilhelm, Kronprinz.

Das Bürgerium treibt uns die Schamröte ins Gesicht, wenn es sich dabei als die berufene Vertreterin der Einwohnerschaft aufspielt. Wir protestieren energig gegen die Zumutung unter jene Rückgratlosen Helden gerechnet zu werden.

Flatow.

Wahlhumor betätigte sich bei der Stichwahl in Schlochau-Flatow mehrfach. Wir geben zunächst zwei Proben aus P. F. r i e d l a n d wieder. Dort lautet ein Zettel: „Kniage oder Polen, bei beiden ist nichts zu holen, an allen Orten stinkt, ich wähle den Bürgermeister hin!“ Ein zweiter Zettel zitierte bisfug die bekannte Heinektrophe von dem Rabbi und dem Mönch, die alle beide stinken. In Schlochau urteilte ein Wähler über die Stichwahlkandidaten kurz und bündig: „Wir graut vor euch beiden!“ Und zwei andere Wähler antworteten auf die Frage, welcher der Stichwahlkandidaten ihre Stimme erhalte, durch den Mund des Stimmzettels: „Keiner von Beiden!“ und „Ihr werdet es alle Beide nicht.“

In die Transmission geriet in der Larnowker Pappfabrik der Vorklaffler Tisch. Ihm wurde die linke Hand vollständig zermalmt und der Arm gebrochen.

König.

Ein Großfeuer in Tuchel zerstörte in der Ritterstraße zwei Wohnhäuser. Die Rettungsarbeiten der freiwilligen Feuerwehr waren durch die Kälte sehr erschwert, da das Wasser in den Schläuchen froh und diese zerbrachen. Acht Familien verloren ihr Obdach. Ein Kind, das durch seine Mutter aus dem Fenster geworfen wurde, erlitt eine schwere Verletzung, ein Feuerwehrmann eine Brandwunde an der Hand.

Kesseltransport im zwanzigsten Jahrhundert. In der Flatower Zeitung finden wir die hübsche Schilderung eines Bureaufrauentstahls:

Eigenartig wurde ein zirka 120 Zentner schwerer Dampfessel von Station Krojanten nach König — 7 Kilometer —

transportiert; nicht etwa durch Maschinen- oder Pferdekraft, sondern durch Eisenbahnarbeiter. Warum der so merkwürdige Transport durch Menschenkraft ins Werk gesetzt wurde, war nicht zu erfahren. Das Eisenbahnbetriebsamt König berief aus der Umgegend, so auch aus Polen, Czern, Mannschaften zusammen, und so zogen dann 80 Mann, je 30 an einer Seite, am Tau auf Schienenkufen den Kessel an Ort und Stelle.

Im Jahrhundert des Dampfes und der Elektrizität ist eine solche Transportmethode entschieden sehr zweckmäßig. Wir empfehlen dem Urheber, sie durch das Kaiserliche Patentamt schützen zu lassen.

Kleine Nachrichten aus Westpreußen.

Dirschau. Die Arbeiten an dem neuen Güterbahnhof und der Verlängerung der Weichselbrücke, die infolge der Kälte eingestellt waren, werden wieder aufgenommen. Insgesamt finden hier 2000 Arbeiter Beschäftigung. Ein Großfeuer zerstörte am Markt zwei Geschäftshäuser bis auf die Grundmauern.

Tuchel. Der Fluch der unehelichen Mutterschaft. In Tuchel wurde eine in sehr jungem Alter stehende Landarbeiterin verhaftet, weil sie ihr neugeborenes Kind ermordet hatte.

Der Ausfall der Wahl in Ostpreußen.

Der Ausfall der Wahl in unserer Nachbarprovinz dürfte bei uns Westpreußen ganz allgemeines Interesse finden.

Königsberg-Stadt hat die Sozialdemokratie im 1. Wahlgange mit über 1200 Stimmen Majorität zurückerobert. Ein Resultat, das sich sehen lassen kann, zumal die Gegner, insbesondere die Liberalen, alles aufgebieten hatten, wenigstens in die Stichwahl zu kommen. Sie haben den letzten Bürger an die Wahlurne geholt. Wir litten darunter, daß eine große Anzahl Arbeiter krank darniederlagen und daß ein erheblicher Teil der Bauhandwerker nach der Provinz gefahren war. Dennoch brachten wir es auf 19 700 Stimmen, während Gpfling, der Kandidat der Fortschrittler und Nationalliberalen, 16 310 Stimmen auf sich vereinigte. Er hat 3353 Stimmen weniger und wir haben 2379 Stimmen mehr erhalten als 1907.

In der Provinz hatten Konservative und Liberale seit Monaten, in einigen Kreisen seit 1909, eine Agitation entfaltet, wie sie die Ostpreußen noch nicht erlebt haben. Die Konservativen wußten, daß es uns Ganze ging, sie haben daher alle Mienen springen lassen. Bier und Schnaps (Ganz wie bei uns! Red. d. B.) sind in Strömen geflossen. Dazu hat sich noch — wie immer — ein unerhörtes Gedröse auf die Landarbeiter gefüllt. Es waren diesmal, wie 1907, Winterwahlen, die es den Junkern ermöglichten, ihre Arbeiter erst recht einzuschüchtern. Hinzugekommen ist ferner, daß zahlreiche Agrarier sich in brutaler Weise über die Besetze hinweggesetzt haben. Die Junker pfeifen auf die Besetze, wenn sie ihnen nicht in den Aram passen. In zahlreichen Orten sind Suppenterrinen und Zigarrenkassen als Wahlurnen verwandt worden, trotz des Erlasses des Ministers. Kam es doch vor, daß eine Wahlurnenfeier bereits um 11 Uhr 15 Minuten vormittags die Wahlhandlung schloß! Daß man über die Sozialdemokratie ganze Kübel Verleumdungen und Beschimpfungen herabgeschossen hat, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Das Christentum ist in Gefahr, so gaukelte man auch den Wählern vor. Den als Parlamentarier völlig bedeutungslosen Oberst a. D. v. Rastow führten die Konservativen in Kürassier- und Ulanenuniform zu Fuß und zu Pferde vor. Selbstverständlich arbeitete für die Konservativen fast der gesamte amtliche Apparat; trotzdem haben sie Angerburg-Wöden verloren und stehen in vier Kreisen mit Fortschrittler in der Stichwahl. Die Nationalliberalen haben Olegko-Lyd verloren und sind nur in Remel-Herzdegen in die Stichwahl gekommen. Die Erregung unter dem Bürgerium über die konservative Steuerspolitik scheint der Erkenntnis gewichen zu sein, daß seine Interessen bei den Konservativen ebenfugot aufgehoben sind, wie bei den Liberalen. Die Fortschrittler haben auch kein Mandat aus eigener Kraft errungen. Auch sie haben mit riesigen Geldmitteln gearbeitet. Nicht nur die Konservativen, sondern auch die Fortschrittler lozen über die Sozialdemokratie das Blaue vom Himmel herunter. So schrieben die Freimünnigen in ihren Flugblättern, daß die Sozialdemokraten den Arbeitern . . . selbst die Schaufeln wegnehmen wollten! Daß die Sozialdemokratie in den 17 ostpreussischen Wahlkreisen einen schweren Stand hatte, ist klar. Ihre Organisationen sind in einer Reihe von Kreisen noch schwach. Reißt wurden uns die Lokale verdrängt. Von Ostpreußen ist die Abwanderung nach wie vor eine große, und es sind nicht die Unausgerüsteten, die Ostpreußen den Rücken kehren. Trotz all dieser Umstände ist die Stimmenzahl der Sozialdemokratie von über 44 000 im Jahre 1907 auf über

51 000 gestiegen; und auch trotz des schamlosen Terrorismus der Junker haben viele Tausende Landarbeiter sozialdemokratisch gewählt. Die Sozialdemokratie wird den steinigsten Boden weiter bebauern und später auch größere Erfolge erzielen. Von den jetzigen Genossen ist sehr viele, aufopferungsvoll und wacker gearbeitet worden.

Soziales.

Der Schnapskonsum.

Eine der schmerzlichsten Erscheinungen für unsere lieben Junker ist der Rückgang des Schnapskonsums. Das trifft die Edelsten der Nation an ihrer empfindlichsten Stelle — nämlich am Portemonnaie! Je geringer der Konsum — um so geringer die Liebesgabe! Und in den letzten Monaten ist der Verbrauch wiederum gesunken. Daher auch das Gemerme im Schnapsblock über die schlimmen Zeiten. Im Dezember 1911 sind nur noch 180 926 Hektoliter nach der Besteuerung in den freien Verkehr gelangt gegen 184 229 Hektoliter im Dezember vorigen Jahres. Gesamterzeugung und Trinkenverbrauch in den letzten 3 Monaten der aufgeführten Jahre geben folgendes Bild:

	1907	1908	1909	1910	1911
Erzeugung	1247	1452	1147	1029	937
Trinkenverbrauch	644	657	419	530	523

Eine sehr starke Vorverforgung im Sommer 1909 ließ die Menge der im letzten Quartal in den Verbrauch überführten Quantität ungewöhnlich zurückgehen; im nächsten Herbst war der Ausgleich hergestellt. Das von dem Handel übernommene Quantum entsprach dem wirklichen Konsum, der im vorigen Jahre nun wiederum gesunken ist. Aber er muß weiter sinken, um die Liebesgabe illusorisch zu machen. Einmal ist die Regierung den armen Schnapsjunkern schon hilfreich beigegeben, indem sie das Kontingent von 2 1/2 Millionen Hektoliter auf 1,8 Millionen Hektoliter heruntersetzte. Die Schnapskrieger müssen in der Zukunft doch noch um die Liebesgabe geprellt werden, die sie nun schon jahrelang den Schnapskriekern aus der Tasche stibitz haben. Der Verbrauch muß noch weiter unter das Kontingent hinabsinken. Dazu ist aber unbedingt notwendig, daß die Konsumenten sich des verderblichen Schnaps-genusses noch mehr wie bisher enthalten.

Gewerkschaftsbewegung.

Vom Kampf gegen die Gewerkschaften.

Im Kampfe gegen die Gewerkschaften ist den Scharmachern kein Mittel zu schätzig, wenn es nur einigermassen Erfolg verspricht. So hat die Bergwerksverwaltung im Helmstedt-Schöninger Braunkohlenrevier auf dem Grundstück der Arbeiterkaserne der Grube Treue ein Schild anbringen lassen mit der Aufschrift: Fremden ist der Zutritt verboten! Als der Kassierer-Meyer vom Bergarbeiterverband von einem Obersteiger auf dem Grundstück angetroffen wurde, erfolgte eine Strafanzeige gegen ihn und seine Perurteilung zu drei Mark Geldstrafe wegen Hausfriedensbruch! Die zweite Strafkammer in Braunschweig bestätigte auf die Berufung Meyers hin das Urteil. Das Gericht erachtete die Bergwerksverwaltung für befugt, auf solche Weise die Arbeiter, die vom Verbands nichts wissen wollten, gegen die Zubringlichkeit der Verbandsvertreter zu schützen.

Man versteht die Liebe der Unternehmer für Werkwohnungen, die ja auf „ihrem“ Grund und Boden stehen, auf dem nur sie wiederum etwas zu sagen haben — so urteilte wenigstens ein Gericht des Reichsstaates.

Die Techniker und das Reichsmarineamt. Die über alle Betrieb des Reichsmarineamts seit Monaten vom Deutschen Technikerverband verhängte Sperre ist nunmehr aufgehoben worden, da das Reichsmarineamt einen den Anforderungen des Verbandes entsprechenden Dienstvertrag angenommen hat.

Wir verkaufen, während der stillen Zeit, unsere

fertigen Herren-Garderoben

zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Anzüge nach Maß auch nur jetzt von 36 Mark an. Unsere Konfektion zeichnet sich durch vorzüglichen Sitz und haltbare Stoffe aus.

Hirschberg & Waldhaus, Danzig, Breitgasse 120.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Danzig.

Bureau: Håkergasse 37. Telefon 2501.
Geöffnet: Vorm. 11-1, nachm. 5-7 Uhr. Sonntags geschlossen.
Am Sonntag, den 28. Januar 1912, nachmittags 3 Uhr im Lokale des Herrn Steppuhn

General-Bersammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1911
2. Jahresabrechnung pro 1911.
3. Kartellbericht.
4. Neuwahl der Kartelldelegierten.
5. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen: Handzettel werden zu dieser Versammlung nicht mehr ausgegeben, wollen daher die Kollegen ihre Mitarbeiter in Kenntnis setzen.

Ohne Legitimation kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

J. A. Kukulski,
Bevollmächtigter.

Sonntag, den 28. Januar

findet das im Etablissement des Herrn J. Steppuhn, Schildlitz, arrangierte

Gewerkschafts-Kränzchen mit humoristischem Beckbier-Abend

statt, und werden die Mitglieder der Gewerkschaften freundlichst eingeladen.

Der Vergnügungs-Vorstand.

Reform-Zahn-Praxis



mit echten Platinstiften in geeigneten Fällen Diatoris.

Zahnziehen, in normalen Fällen fast gänzlich schmerzlos, 1,00 M.

Besonders für nervöse und Angstliche Personen zu empfehlen. Konkurrenzlose Preise.

Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse billigst.

Nicht immer ist das Teuerste das Beste. Ueberzeugen Sie sich selbst.

300 Mark Belohnung demjenigen, der mir nachweist, daß ich mehr als 1,80 Mark pro Zahn mit Kautschuckplatte fordere.

Reform-Zahn-Praxis

Th. Goldmann

Danzig, Langemarkt 31. Telefon 2563

Nähterinnen

erhalten das ganze Jahr hindurch gleichmäßige, lohnende Beschäftigung von Rosenbergs & Fischer Schürzenfabrik, Hundegasse 59

Für ein neu zu gründendes

Putzgeschäft

werden mehrere

Lehrmädchen

nur Töchter achtbarer Eltern zum baldigen Antritt gesucht. Meldungen bei

J. Blumenthal,
Lawendelgasse 5.

1730

Oskar Schützmann

Destillation und Likörfabrik
Tischlergasse No 67.

Spezialität:

Grognum

à Liter 1,60 Mk.

1372

Arbeiter-Sekretariat Danzig

Dominikswall 8, Hof, 1 Treppe
Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle

Achtung!



Auf
Teilzahlung
und gegen
bar!

findet ein großer

Inventur-Verkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen in

**Herren-, Damen- und
Burschen - Konfektion
= Manufakturen =
Möbel- u. Polsterwaren**

statt

Gratis gebe beim Einkauf eines Anzuges
eine gut gehende Remontoiruhr. Bei
Bareinkauf in Möbeln von 100 Mk. an
einen Regulator oder ander. Gegenstand.

Die **Echt Elbinger Mumme**
aus der
Bierbrauerei Rudolf Ulrich-Elbing
ist ein ärztlich empfohlenes Gesundheitsbier von
lehr hohem Malzgehalt und niedrigem Alkohol-
gehalt, daher verdient es mit Recht den Namen
„Flüssiges Brot“. 1055

Einzig in Elbing! Alter Markt 62

95 Pf.-Bazar 95 Pf.

Riesenauswahl in 1107

Wirtschaftswaren : Luxuswaren : Bijouterien
Lederwaren .. Figuren .. Vasen .. Nippes
Büsten .. Spiegel .. Bilder .. Paneele .. Hand-
tuchhalter etc. Täglich Eingang v. Neuheiten

Brauerei 25

G. Preuss, Elbing

empfiehlt ihre vorzüglichen Biere

Böhmischbier

Lagerbier hell u. dunkel

Braunbier

Weizenbier (Berliner Weissbier)

S. Maltenfort ELBING
Alter Markt 5.

Inventur- Räumungs-Verkauf

Findet alljährlich nur einmal statt und beginnt in diesem Jahre am

Montag, den 29. Januar
vormittags 8 Uhr

Infolge der außergewöhnlich billigen Preise ist
dieser Räumungs-Verkauf eine allerbünstigste
Kaufgelegenheit. er umfasst folgende Artikel:

Kleiderstoffe Seidenstoffe, Waschstoffe,
Wäsche für Herren und Damen, für Tisch, Bett und Küche,
:: Leinenwaren, Schürzen, Trikotagen und Strümpfe, ::
Damen- und Kinder-Konfektion, Unterröcke, Korsetten,
Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Portieren,
: Herren- und Knaben-Konfektion. :

Hermann Ritter

vorm. Georg Dück

Elbing.

Wahlrecht - Platten

Der Freiheit Morgenrot
Sozialisten-Marke
Ein Sohn des Volkes
Arbeiter-Marke
ohne Kaufzwang zu hören
Elbinger 898
Platten-Zentrale
Hanz Tischmann
Platten von 0,50-5,40 Mk
am Lager

Danzig.

**Enorm billiger
Möbel-
Verkauf!**

Kleiderchränke u. 28 Mk. an
Vertikos von 26 Mk.
Sofas von 35 Mk.
Chaiselongues von 28 Mk.
Tische von 8 Mk.
Stühle von 2,50 Mk.
Pfeilerspiegel von 9,50 Mk.
Paneele von 3,50 Mk.
Etagere von 8,50 Mk.
Waschtische von 29 Mk.
Küchenschränke von 24 Mk.
Bettstellen von 15 Mk.

nur im Möbelkaufhaus
Breitgasse 16.

Bekanntmachung!

**Groß, Schuhwaren-Lager
und Schnell-Bejohlantali**
an der kleinen Mühlengasse,
neben dem Diarhaus,
bejohlt u. repariert jed. Fußzeug.
Schnellbejohlt 2,00 Mk.
Reparatur 1,25 Mk.
Empfehle man auch moderner
Schuhwaren zu billigen Preisen.
Joh. Joh. Fortier.

Carl Steinbrück
Alte Gasse, Elbing 02
Telefon 630
Eisenwaren
Eiserne Oefen
Kupferne Schmelzer.